



rund-
schreiben
03/18

Flucht/Migration: An den Toren Europas
Syrien: Schattenreich der Angst
Nicaragua: Mehr als ein Aufstand

4	Kommentar: Mit Sicherheit in den Abgrund
	Schwerpunkt Flucht und Migration
8	An den Toren Europas: Fünf Geschichten
16	Krise der Solidarität: medico-Positionen
19	Überblick: medico-Projekte in aller Welt
20	Afghanistan: Theater und Wirklichkeit
25	Syrien: Schattenreich der Angst
28	Projekte - Projektionen
30	Gaza: Menschenrechte und Frustration
35	Gaza: Energiekrise und ihre Folgen
36	Nicaragua: Mehr als ein Aufstand
39	Lateinamerika: Die Spaltung der Linken
40	Flucht und Gesundheit: Verwehrte Rechte
44	Rezension des Buches „Hilfe? Hilfe!“
47	Rückblick auf das medico-Sommerfest
48	Materialliste, Service, Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

Es mag verständlich sein, dass Menschen, die in Europa geboren wurden oder hier schon lange leben, sich fragen, wie sich ihr Leben und das Zusammenleben mit anderen durch eine wachsende Zuwanderung ändern wird. Es erstaunt allerdings, dass die Gründe, warum Menschen fliehen oder migrieren, diese Debatten viel zu wenig beschäftigen. Wer die Geschichten in diesem Heft daraufhin liest, wird feststellen, dass keine auskommt, ohne sich in den Kontext der Welt zu stellen. In diesem Heft kommen deshalb Menschen zu Wort, die in der hiesigen Debatte um Flucht und Migration oft nicht wahrgenommen werden.

Der deutsch-bolivianische Theaterregisseur Hjalmar Joffe geriet in Afghanistan in eine Situation, die fataler kaum sein kann. Gemeinsam mit unseren Kollegen von AHRDO probte er ein Stück über einen Selbst-

mordattentäter, als sich in unmittelbarer Nähe tatsächlich ein Selbstmordattentat ereignete. Er erzählt über das Zusammentreffen zweier Wirklichkeiten und gleichsam erzählt er dabei doch viel mehr. Denn das afghanische Unglück lässt sich nicht aus sich selbst heraus erzählen – ohne Welt, ohne den britischen Kolonialismus, ohne den Kalten Krieg mit seinem afghanischen Schlachtfeld und ohne den Krieg gegen den Terror.

Nun könnte man sagen, dass das, was die nicaraguanische Studentin Enrieth Martínez im Interview berichtet, sich aus der Degeneration eines Präsidentenpaares erklärt, das den Machterhalt um jeden Preis betreibt. Ebenso geht dem syrische Bürgerkrieg mit seinen kaum beschreibbaren Menschenrechtsverbrechen eine Entscheidung der syrischen Elite unter Assad voraus, das Begehren nach Brot und Freiheit mit größter Gewalt zu unterdrücken. Und doch sind auch diese Ereignisse nicht von globalen Entwicklungen zu trennen. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die durch die von internationalen Kapitalgebern erzwungene Öffnung der Märkte zu einem weltweiten Phänomen geworden ist, das ewige Mantra von den hilfreichen Auslandsinvestitionen, das grenzenloses Gewinnstreben nur notdürftig verhüllt, gehen den Verwerfungen voraus, wie sie heute nicht nur Syrien oder Nicaragua erleben.

Flucht und Migration sind keine voneinander zu trennenden Phänomene – das wird auch im Text von Sabine Eckart über die Prinzipien der medico-Arbeit deutlich. medico verteidigt das Asylrecht genauso wie das universelle Recht auf Freizügigkeit, das nicht nur für die Touristen und „High Potentials“ aus den privilegierten Regionen gelten kann. Und doch wird dieses Recht unablässig gebrochen. Darauf verweist ein Plakat, das medico lange vor dem Sommer der Migration 2015 veröffentlichte. Wir haben es im Zeichen der Solidarität mit der Seebrücken-Bewegung neu in Orange herausgegeben. Es ist ein Plakat, das an die Grenzen des Darstellbaren geht, weil es eine anonyme Leiche im Mittelmeer zeigt. Wir hatten uns entschieden, es im Stile des Why-Plakates aus den Zeiten des Vietnam-Krieges zu veröffentlichen, und uns gleichzeitig bewusst der plakativen Eigenwerbung enthalten. Seither hat dieses Plakat, das wir auf der Rückseite des Heftes veröffentlichen, viele Neuauflagen erlebt und auch Reisen durch die Welt. So haben wir es auf Demonstrationsfotos in Mali entdeckt. Sie können es bei uns bestellen für all die Aktivitäten, die jetzt, angesichts von Chemnitz und den Toten des europäischen Grenzregimes, so dringend nötig sind.

Herzlichst Ihre



Auf der Flucht vor der Rache des Regimes: Schon über 23.000 Menschen haben in Costa Rica Asyl beantragt, um der politischen Verfolgung in Nicaragua zu entgehen. Ein UNO-Bericht wirft dem Ortega-Regime schwere Menschenrechtsverletzungen vor.

Politik der Angst



Mit Sicherheit in den Abgrund: Die Instrumentalisierung der wachsenden Verunsicherung

Von Thomas Gebauer

Kaum eine Frage bewegt heute die Öffentlichkeit mehr als die Frage der Sicherheit. Schon jetzt sind die Folgen unübersehbar: Plätze, Straßen, ja ganze Städte überwacht von Video-Kameras, private Sicherheitsdienste im Nahverkehr, Betonklötze vor Fußgängerzonen, die erkennungsdienstliche Behandlung beim Grenzübertritt, automatische Gesichtserkennung auf Bahnhöfen, die Massenausspähung durch Geheimdienste, die längst in jedem Menschen ein potentielles Sicherheitsrisiko sehen. Auch bei den Ausgespähten wächst das Bedürfnis nach Sicherheit. Begüterte ziehen in bewachte Wohnviertel und fahren Autos, die an Panzerspähwagen erinnern. Jugendliche, so besagen es aktuelle Umfragen, sorgen sich inzwischen mehr um die innere Sicherheit als um ihre Ausbildung. Überall Expertenforen, die sich mit Fragen der „IT Sicherheit“, „Urbane Sicherheit“, „Flughafensicherheit“ oder „Krisenkommunikation“ auseinandersetzen.

Es stimmt: Die Welt ist zu einem höchst unsicheren Ort geworden. Dabei ist es gerade die Engführung aller Probleme auf die Frage der Sicherheit, die verhindert, dass die Ursachen der Verunsicherung von Menschen angegangen werden können: der beängstigende Klimawandel, der auch hierzulande nicht mehr zu leugnen ist; die rasant voranschreitende Digitalisierung der Lebenswelten, die den Menschen kaum noch nützt, sie aber zunehmend nutzlos macht; der Sozialabbau, der zu immer offensichtlicher werdenden gesellschaftlichen

Auflösungserscheinungen führt. Angesichts solcher Verunsicherungen kann ein wachsendes Bedürfnis nach Sicherheit nicht verwundern. Die Garantie körperlicher Unversehrtheit, die Rechtssicherheit, der Zugang zu sozialer Sicherung verweisen auf fundamentale Menschenrechte, deren Realisierung und Sicherstellung wichtige gesellschaftliche Aufgaben sind. Nicht das Bedürfnis nach Sicherheit ist das Problem, sondern die Art, wie es gesellschaftlich geformt und heute für den Erhalt bestehender Machtverhältnisse instrumentalisiert wird.

Zu fragen ist beispielsweise, warum die Angst, Opfer von Gewaltverbrechen zu werden, zunimmt, obwohl die Polizeistatistiken dazu keinen Anlass geben? Woher rührt der eigentümliche Widerspruch zwischen „gefühlter“ und realer Kriminalität, dem mit rationalen Argumenten so wenig beizukommen ist? Woher der weit verbreitete Eindruck, dass sich heute in Westeuropa Terroranschläge häufen, obwohl die reale Bedrohungslage in den 1970er und 1980er Jahren sehr viel höher war? Warum die Furcht vor Flüchtlingen, die heute angeblich in Horden über Europa herfallen, obwohl deren Zahl abnimmt und ohnehin nur der kleinste Teil der weltweit zur Flucht Gezwungenen den Weg nach Europa nimmt? Solche Wahrnehmungsverzerrungen sind nicht alleine menschlicher Irrationalität geschuldet. Sie sind politisch gemacht und sagen viel aus über den Zeitgeist und die Mechanismen der Macht. Es ist auch

das ständige Evozieren von Bedrohungsgefühlen in Medien und Politik, das verunsichert.

Und aus Ängsten lässt sich auch gut Kapital schlagen. Ängste beflügeln nicht nur die Geschäfte der heute mit zweistelligen Zuwachsraten boomenden Sicherheitsindustrie, sondern nützen auch im Kampf um Wählerstimmen. Wer Bedrohungsszenarien auszumalen weiß und sich darin als zupackender Retter zu inszenieren versteht, punktet bei denen, die Unsicherheit empfinden. Und Sündenböcke, die für alle Probleme der Welt verantwortlich sein sollen, sind schnell präsentiert: die Fremden, die Flüchtlinge, die Obdachlosen und Sozialhilfeempfänger. Mit dem Tritt nach unten lässt sich die am eigenen Leibe erfahrene Verunsicherung in Stärke verwandeln. Und so lassen sich auch alte Hierarchien, die mit der Globalisierung der Verhältnisse ins Wanken geraten sind, wiederherstellen. Rassistische Einstellungen

„Mit dem Tritt nach unten lässt sich die am eigenen Leibe erfahrene Verunsicherung in Stärke verwandeln.“

helfen bei Umwandlung von Angst in Hass. Für das so entstehende Ressentiment bleibt es unerheblich, dass Länder wie Deutschland auf Zuwanderung angewiesen sind und mit Blick auf die öffentlichen Haushalte nicht die wirtschaftlich Schwachen, sondern die Besserverdienenden das Problem sind: auf jeden Euro Sozialmissbrauch kommen 1.400 Euro an Steuerhinterziehung.

Beschämend ist, wie abgewirtschaftete Politikerinnen und Politiker, die auf keine der drängenden Fragen der Zeit noch eine Antwort wis-

sen, solche Ressentiments bedienen. Für ein sprichwörtliches Linsengericht verraten sie die Grundfeste menschlichen Zusammenlebens. Um ihre Macht zu sichern, werden Mitgefühl und Hilfsbereitschaft geopfert. Aus Schutzbedürftigen werden Asyltouristen, aus Nothelfern Kriminelle, aus empörten Bürgerinnen und Bürgern Aufständische gegen die bestehende Ordnung. Immer ist es der Verweis auf die bedrohte Sicherheitslage, mit dem sich sogar noch der Rechtsbruch legitimieren lässt.

Auf Dauer aber wird der Verlust an Menschlichkeit und Recht sehr viel schrecklichere Folgen haben, als heute der Verzicht auf ein paar Privilegien. Statt über Möglichkeiten eines globalen Ausgleichs nachzudenken, wie es ein Willy Brandt noch getan hat, dominiert heute eine Politik der Abschottung und Grenzziehung. Die Fratze der Unmenschlichkeit zeigt sich nicht nur im Ruf des Pöbels, die Flüchtlinge doch einfach absaufen zu lassen; sie zeigt sich auch in einer Politik, die Flüchtlingsunterkünfte zu verantworten hat, die, so der Papst, an Konzentrationslager erinnern.

Die Verrohung der Sitten, die Aufkündigung des Respekts gegenüber den Anderen, die Gewöhnung daran, dass die Würde der Menschen offenbar doch angetastet werden kann – all das sichert nicht das friedliche Zusammenleben von Menschen, sondern nur das bestehende Unrecht. Übrig bleibt jener archaische Kampf aller gegen alle, in dem schon immer nur die Stärkeren gewinnen konnten. Und so wirken die Mauern, die nach außen gezogen werden, auch nach innen. Sie sind es, die die Panik aufkommen lassen. Die vermeintliche Sicherheit führt geradewegs in den Abgrund. Der Traum absoluter Sicherheit, so der in Südafrika lebende Philosoph Achille Mbembe, meint nicht nur Überwachung, sondern auch Säuberung.

„Counterinsurgency is coming home“, sagt

der New Yorker Politikprofessor Bernard Harcourt, der die Entwicklungen in den USA seit dem Angriff auf das World Trade Center beobachtet hat, über die Ausbreitung der Prinzipien der Aufstandsbekämpfung nun auch im Inneren. Immer deutlicher werde heute, so Harcourt, dass es längst nicht mehr nur um

„Die ‚Heimat‘, die der Sicherheitsdiskurs verspricht, ist ein wenig anheimelnder Ort. Es ist ein Ort, an dem die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit verloren gegangen ist.“

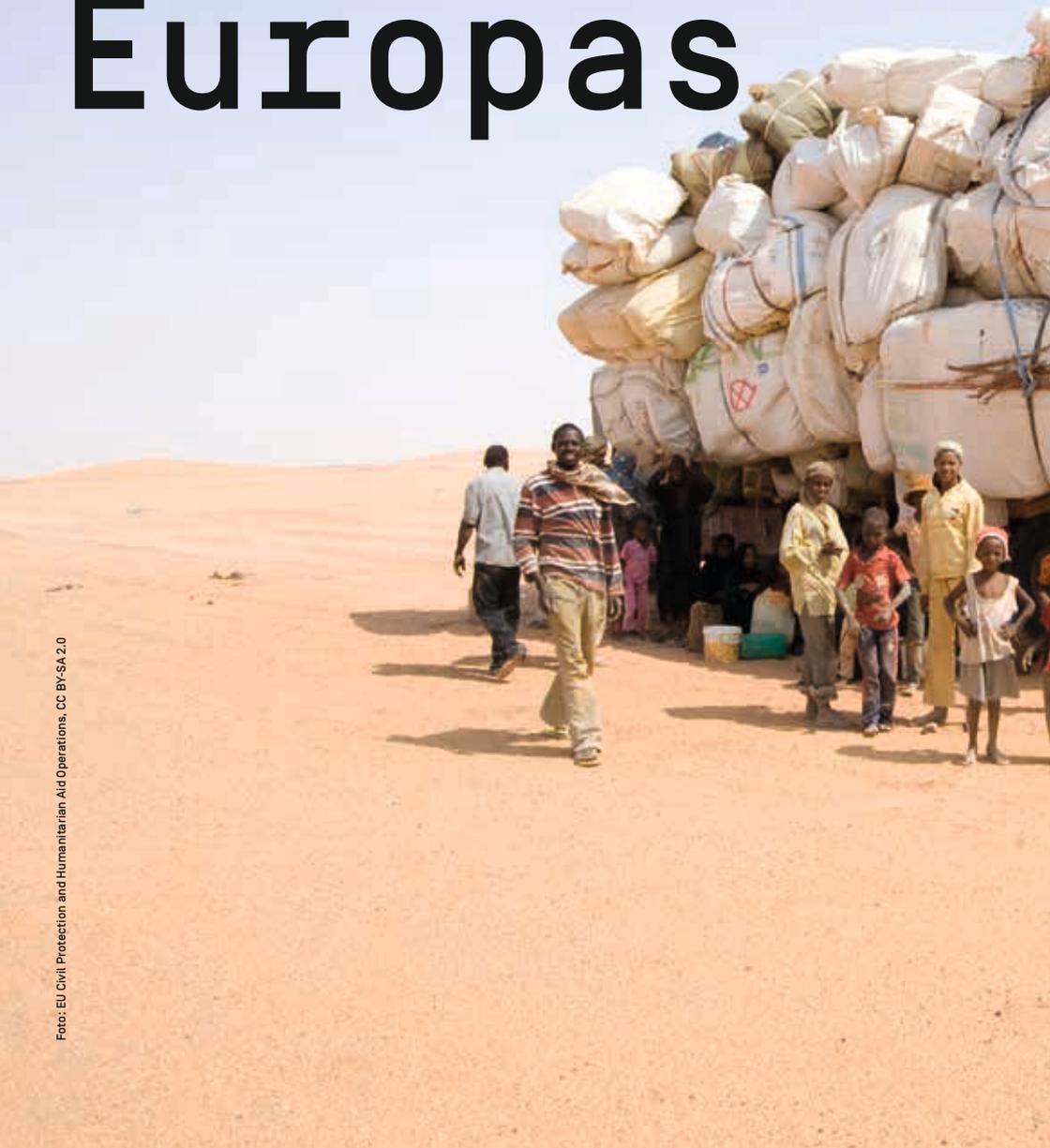
einen vorübergehenden Ausnahmezustand geht, sondern die US-Regierung begonnen hat, die eigene Bevölkerung als dauerhaften inneren Feind zu betrachten. Die sicherheitspolitischen Strategien, denen sich die amerikanische Öffentlichkeit heute ausgesetzt sieht, seien die, die früher in anti-kolonialen Kämpfen gegen Aufständische eingesetzt wurden. Zu den immer deutlicher zutage tretenden Instrumenten zählen eine „hypermilitarisierte Polizei“ (inzwischen ausgestattet mit Kampfdrohnen), die Massenüberwachung und Eliminierung von vermeintlichen Gegnern und psychologische Techniken, zu denen die Erzeugung irrationaler Ängste (derzeit vor Muslimen) und immer häufiger auch die Gleichsetzung von Protest mit Terrorismus gehören. Harcourt, dessen Buch im Frühjahr 2019 auf Deutsch erscheinen wird, schildert eine beängstigende Welt, die so gar nicht in das romantische Bild passen will, das viele mit dem Begriff Heimat verbinden. Die „Heimat“, die uns der herrschende Sicherheitsdiskurs verspricht, ist ein wenig anheimelnder Ort. Es

ist ein Ort, an dem die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit verloren gegangen ist.

Es war der Philosoph Jürgen Habermas, der kürzlich einen prononcierten Einspruch gegen den Weg in den Abgrund formuliert hat. Anlässlich der Verleihung des deutsch-französischen Medienpreises Anfang Juli 2018 in Paris geißelte er nicht eine fehlende Sicherheitsarchitektur, sondern die dramatisch zunehmende soziale Ungleichheit. Dass Europa heute bedroht sei, liege vor allem daran, dass die politische Linke und in erster Linie die sozialdemokratischen Parteien Europas ihre Wähler „normativ unterfordern“. Wer Mehrheiten gewinnen wolle, müsse seine Ideen auch um den Preis der Polarisierung verteidigen. Andernfalls drohe den Ländern Europas ein Rückfall in die „vergiftete Mentalität ihrer Zeit als Kolonialmächte“.



An den Toren Europas



en



Dem Recht auf Freizügigkeit setzt die EU Abschottung und Abschreckung entgegen. Das hat seinen Preis: Es zerstört Hoffnungen, verletzt die Menschenwürde und kostet Tausende das Leben - in Europa, im Mittelmeer und so weit weg, dass es fast unsichtbar bleibt.

Eine noch tödlichere Grenze als das Mittelmeer? In der Sahara verlieren sich die Spuren ungezählter Menschen.

Wenn Menschen es allen Grenzen zum Trotz versuchen. Fünf Geschichten aus der Arbeit von medico-Partnerorganisationen

Von Ramona Lenz

Seit Monaten gehen nahezu täglich Menschen in Deutschland gegen das Sterben auf dem Mittelmeer auf die Straße und fordern ihre Kommunen auf, Städte der Zuflucht und Solidarität für Gerettete auszurufen. Die Reichweite und Ausdauer der „Seebrücke“-Bewegung tröstet und ermutigt angesichts der rassistisch motivierten Gewalt, die zeitgleich wieder ähnlich pogromartige Ausmaße angenommen hat wie zuletzt in den 1990er Jahren. Damals wie heute saßen die verbalen Brandstifter und Brandstifterinnen im Parlament und in bestimmten Redaktionsstuben. Heute bedienen Politiker und Politikerinnen wieder den rechten Mob, wenn sie von „Asyltourismus“ oder „Antiabschiebeindustrie“ reden, während sie gleichzeitig den Abbau des Asylrechts bis zur Unkenntlichkeit vorantreiben und diejenigen kriminalisieren, die Geflüchteten zur Seite stehen.

Im Vergleich zu den 1990er Jahren ist die Politik der Externalisierung und die damit verbundene Auslagerung des Grenzschutzes in Länder jenseits der Europäischen Union inzwischen weit fortgeschritten. Damit wurden auch Rassismus und Gewalt gegen (potentielle) Flüchtlinge, Migranten und Migrantinnen exportiert. Die „europäische Apartheid im Umgang mit Einwanderung und Asylrecht“, die der französische Philosoph Étienne Balibar bereits 2001 konstatierte, spaltet die Menschen nicht erst hier, sondern bereits in Herkunfts- und Transitländern, wo diejenigen, die hier unerwünscht sind, massive Repressionen erfahren. Der alltäglich gewordene Rassismus hier und die auf Externalisierung beruhende Abschottungspolitik von EU und Bundesregierung sind zwei Seiten derselben Medaille. Beiden liegt eine immer offener verfolgte Politik der Verachtung und Entrechtung zugrunde.

Für diesen Artikel haben uns Partnerinnen und Partner aus fünf verschiedenen Regionen innerhalb und außerhalb Europas Geschichten von Menschen erzählt, deren Leben durch diese Politik beeinträchtigt oder gar zerstört wurde. Diese Geschichten zeigen: Das, was auf dem Mittelmeer geschieht, ist nur die Spitze des Eisbergs. Viele Menschen erreichen das Mittelmeer erst gar nicht, weil sie entlang der immer gefährlicher werdenden Flucht- und Migrationsrouten blockiert werden – oder bereits Tausende Kilometer von uns entfernt ihr Leben verlieren.

DER WÜSTE AUSGESETZT: ZWISCHEN ALGERIEN UND MALI

Niemand kennt alle Namen und die genaue Zahl der Menschen, die in den letzten Jahren im Mittelmeer ertrunken sind. Noch weniger wissen wir über die Toten der Wüste. In der Sahara sind die Flüchtlinge, Migranten und Migrantinnen nicht nur extremen Temperaturen schutzlos ausgeliefert, sondern auch Gewalt und Kriminalität. Von Polizei, Armee und ausländischen Spezialeinheiten können sie keinen Schutz erwarten. Denn statt die Menschen zu schützen, schützen sie die Grenzen – und das alles mit freundlicher Unterstützung der Europäischen Union.

Seit die Länder Nordafrikas stärker in das Migrationsmanagement der EU eingebunden werden, mehren sich Nachrichten über den menschenverachtenden Umgang mit subsaharischen Migranten und Migrantinnen. So hat Marokko erst kürzlich Tausende Menschen am Mittelmeer aufgegriffen und in der Wüste ausgesetzt. Der Druck auf Marokko, härter gegen Flüchtlinge vorzugehen, hat zugenommen, seit Italien sich weigert, Flüchtlinge aufzunehmen und wieder mehr Menschen versuchen, über das westliche Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Seither haben Spanien und die EU ihre Bemühungen verstärkt, Marokko zum Türsteher Europas zu machen. Auch algerische Sicherheitskräfte haben in den letzten Jahren immer wieder Menschen in die Wüste deportiert. Zehntausende, darunter schwangere Frauen und unbegleitete Minderjährige, wurden so ohne Wasser und Nahrung ihrem Schicksal überlassen. Viele kommen dabei um. Andere schlagen sich irgendwie durch, auch bis ins weit entfernte Bamako im Süden Malis, wie die medico-Partnerorganisation Association Malienne des Expulsés (AME) berichtet, die sich um die Deportierten aus europäischen wie afrikanischen Ländern kümmert.

Darunter oft Jugendliche wie der 17-jährige Doumouyatiè aus Guinea.

Doumouyatiè ist auf seiner Migrationsroute Richtung Norden quer durch die malische und algerische Sahara bis nach Algier gelaufen. Unterwegs hat er erleben müssen, wie mehrere seiner Mitreisenden vor Müdigkeit liegen blieben und starben oder ausgeraubt und ermordet wurden. Er selbst hat all sein Geld auf der Route verloren und schlug sich in Algerien mit Gelegenheitsjobs durch. Vier Monate nach seiner Ankunft in Algier wurde er gemeinsam mit anderen subsaharischen Migranten und Migrantinnen von der Polizei aufgegriffen. Die Menschen wurden in Lastwagen zusammengepfercht und zurück an die malische Grenze gebracht, wo die Sicherheitskräfte sie ohne Wasser und Orientierung mitten in der Wüste aussetzten. Vollkommen auf sich allein gestellt, retteten sich einige der Deportierten in die malische Hauptstadt Bamako, wo sie von der AME in Empfang genommen wurden. Wie der Jurist Mamadou Konaté von der AME berichtet, hat Doumouyatiè sich nach den furchtbaren Erlebnissen, die er nur knapp überlebt hat, entschieden, nicht sobald wieder in Richtung Norden aufzubrechen, sondern erstmal nach Guinea zurückzukehren. Er weiß allerdings, dass er dort nur bleiben kann, wenn er für sich und seine Eltern einen Weg findet, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Wie das gehen soll, weiß er nicht.

BLOCKIERT UND AUSGEBEUTET: ÜBERLEBEN IM NIGER

Am 1. Juni 2018 eröffnete die medico-Partnerorganisation Alternative Espace Citoyens (AEC) in Agadez, einem wichtigen Drehkreuz der Migration in der Wüste Nigers, ein Büro. Hier stellt die Journalistenvereinigung unabhängige Informationen zur Verfügung und doku-

mentiert Menschenrechtsverletzungen. Zwanzig Journalistinnen und Journalisten erhielten eine Fortbildung und werden in Kürze an verschiedenen Orten entlang der Routen Gefahren und Repressionen dokumentieren, um sie sowohl Migrantinnen und Migranten als auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Seit auf Druck der EU ein Gesetz in Kraft getreten ist, dass Schlepperei unter hohe Strafen stellt, hat sich die Situation in Agadez und auf der Route nach Norden noch einmal verschlimmert. Die Transporteure weichen auf gefährlichere (und damit teurere) Routen aus, um Kontrollen zu umgehen. Entlang dieser Routen gibt es aber auch keine Wasserstellen. Wer dort vom Pickup fällt, hat keine Überlebenschance. „Durch die Kriminalisierung der Transporteure ist die nigrische und libysche Wüste noch einmal mehr zu einer Todesfalle für Transitmigranten und -migrantinnen geworden“, erklärt Ibrahim Diallo, der Leiter des von medico geförderten Alarme-Phone-Sahara-Büros.

Aufgrund der zunehmend blockierten Routen gen Norden sitzen Tausende Migranten und Migrantinnen nun in Agadez fest. Sie können nicht vor und nicht zurück. Ihr Alltag ist von einem harten Überlebenskampf bestimmt. Ibrahim Diallo hat mit Francesca gesprochen, einer 19-jährigen Nigerianerin, die in einem der Gettos am Rande von Agadez lebt. Gettos nennen die Migrantinnen und Migranten die heruntergekommenen Unterkünfte, in denen sie hausen. Jede Nacht geht Francesca in die Bars im Stadtzentrum, um sich zu prostituieren. „Wenn mir früher jemand gesagt hätte, du wirst eine Nutte sein, hätte ich ihn geohrfeigt“, sagt sie. „Aber heute wüsste ich nicht, wie ich sonst überleben soll. Wenn ich das nicht mache, werde ich verhungern. Nach Hause kann ich nicht zurück und weiter nach Libyen komme ich auch nicht, seit die Weißen unsere Routen blockieren.“

EIN NOTRUF, DER UNGEHÖRT BLIEB: IN DER ÄGÄIS

Seit die EU mit allen Mitteln daran arbeitet, die zentrale Mittelmeerroute für Flüchtlinge, Migranten und Migrantinnen unpassierbar zu machen, kamen in diesem Jahr auch wieder mehr Menschen über die Ägäis und die Landgrenze in der Evros-Region nach Griechenland. Insbesondere auf den griechischen Inseln, die seit dem EU-Türkei-Deal von 2016 für viele Menschen zu einer Sackgasse geworden sind, sind die Lebensbedingungen für Geflüchtete miserabel. Und immer wieder kommt es an den See- und Landesgrenzen zu dramatischen Situationen. So am 16. März 2018, wie unsere Partnerorganisation Refugee Support Action (RSA) berichtet.

Am frühen Morgen des 16. März 2018 starteten Flüchtlinge aus dem Irak und Afghanistan von der türkischen Küste aus in Richtung der kleinen, rund zwanzig Kilometer entfernten griechischen Insel Agathonisi. Das Boot übernahmen zwei türkische Männer. Ein Sohn der afghanischen Familie hatte bereits zwei Monate zuvor die Überfahrt gewagt und saß seither im überfüllten Hotspot auf Samos fest. Als das Boot die türkische Küste verlässt, wird er von seiner Schwester, der jungen Anwältin Freshta, über WhatsApp informiert. Kurz bevor die Familien das rettende Ufer erreichen, kommt es zu einem schweren Schaden am Boot. Es gelingt Freshta gerade noch, panisch ihrem Bruder die Koordinaten des Bootes zu schicken und Hilferufe an weitere Angehörige loszuschicken. Kurz darauf kentert das Boot. Auf Samos alarmiert der wartende Sohn sofort Polizei und Küstenwache. Er gibt in mehreren Telefonaten die Koordinaten des Bootes und seine persönlichen Daten durch, schickt Nachrichten und spricht mit der Polizei. Doch er wird abgewimmelt. Er versucht es immer und immer wieder. Umsonst. Erst 24 Stunden nach dem ersten

Notruf startet die Rettungsoperation. Nur zwei Männer und eine Frau überleben die Bootskatastrophe, bei der sie ihre engsten Familienangehörigen verloren haben. Vier Jungen, zwei Mädchen, ein Säugling, sieben Männer und zwei Frauen kommen ums Leben. Auch Fresha ist unter den Toten. Drei Menschen bleiben vermisst.

Kurz nach der Katastrophe treffen eine Anwältin, eine Sozialarbeiterin und ein Übersetzer von RSA, die medico gemeinsam mit Pro Asyl unterstützt, die Überlebenden auf Samos. Sie leisten psychologische Unterstützung sowie rechtliche Beratung über den Ablauf des Asylverfahrens. Die Überlebenden und Angehörigen haben inzwischen Klage wegen unterlassener Hilfeleistung gegen die griechische Küstenwache eingereicht und werden dabei von RSA vertreten.

ZERRISSENE FAMILIEN: ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND DEM LIBANON

Seit Beginn des Krieges suchen syrische Flüchtlinge im Libanon Schutz. Offiziell leben rund eine Millionen Menschen aus Syrien im Libanon. Inoffiziell sind es vermutlich deutlich mehr. Zusammen mit den palästinensischen Flüchtlingen macht die syrische Diaspora rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung im Libanon aus. Viele Flüchtlinge leben in provisorischen Zeltstädten aus Plastikplanen am Rande der Städte oder auf Feldern. Flüchtlingsfamilien im Libanon sind oftmals zerrissen, weil Angehörige in Richtung Europa vorausgegangen sind. In Deutschland sind 22.000 Anträge auf Familienzusammenführung aus dem Libanon registriert – mehr als aus jedem anderen Land. Die libanesische medico-Partnerorganisation AMEL, eine nichtprofessionelle basismedizinische Hilfsorganisation, versorgt Flüchtlinge in der Bekaa-Ebene und den schiitischen Vorstädten von Beirut.

Dabei werden sie auch mit dem Schicksal zerrissener Familien konfrontiert. Wie im Fall von Ahmed, der AMEL wegen seines kranken Bruders kontaktierte.

Ahmed floh 2016 mit seiner Familie vor dem Krieg in Syrien nach Libanon. Die Familie versuchte, direkt von dort mit dem Boot nach Europa zu gelangen, doch das Boot sank. Ahmed, seine Frau und die beiden heute zehn und sechs Jahre alten Söhnen blieben unverseht. Da sie ihre Pässe bei dem Unglück verloren hatten, mussten sie zurück nach Syrien, um sich neue ausstellen zu lassen. Dabei wurde Ahmed verhaftet. Seine Frau kümmerte sich in seiner Abwesenheit um Visa für Spanien, die sie schließlich auch bekam. 2017 reiste sie mit den Söhnen aus. Verwandte holten sie aus Spanien nach Deutschland, wo die drei Asyl beantragten. Ahmed wurde inzwischen aus dem Gefängnis entlassen und floh erneut in den Libanon. Er lebt in Beirut und leidet unter den mentalen und physischen Folgen der Folter, die er im Gefängnis erlitten hat, sowie unter der Trennung von seiner Familie. Jegliche Versuche, zu seiner Familie nach Deutschland zu kommen, sind bislang gescheitert.

Seit 1. August 2018 ist in Deutschland das Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten in Kraft. Damit wurde für diese Gruppe der grundsätzliche Rechtsanspruch auf den Nachzug von nahen Angehörigen abgeschafft. Zugleich wurde die Zahl der Berechtigten auf 1.000 pro Monat beschränkt. Wer zu den 1.000 Auserwählten pro Monat gezählt wird, ist Ermessensfrage.

GESCHLAGEN UND AUSGERAUBT: AN DER GRENZE ZU KROATIEN

Die so genannte Balkanroute gilt seit langem als geschlossen und damit die „Flüchtlingskri-

se“ von 2015 aus der Sicht Kerneuropas als gelöst. Doch nach wie vor hängen Tausende von Menschen an verschiedenen Grenzen in Südosteuropa fest und versuchen immer wieder, sie zu überqueren. Die meisten haben mehrere, meist äußerst brutale Pushbacks durch Grenzbeamte hinter sich. Die gewaltsame Umsetzung der europäischen Grenzschutzpolitik zeigt sich beispielsweise in Bosnien und Herzegowina, wo in den letzten Wochen mehr und mehr Geflüchtete stranden. Meist sind die Menschen vollkommen auf sich allein gestellt. Es gibt kaum Hilfe von staatlichen Stellen oder nichtstaatlichen Organisationen.

medico fördert seit 2015 ein transnationales Netzwerk von Aktivist*innen und Aktivistinnen, die unter dem Namen „Moving Europe“ Flüchtlinge entlang der sogenannten Balkanroute unterstützen. Noch immer sind einige von ihnen entlang der Fluchtroute durch Südosteuropa solidarisch aktiv. Derzeit arbeiten sie an der interaktiven Plattform „Pushback-Mapping“, die im Herbst online gehen wird. Darauf werden Rechtsbrüche und systematische Gewalt an Europas Grenzen visualisiert, auch um mithilfe der Dokumentation spätere Klage- und Asylverfahren zu unterstützen. Eine Gruppe von Aktivist*innen und Aktivistinnen aus Zagreb hat den folgenden Fall eines jungen Mannes aus Afghanistan dokumentiert, der nach mehreren gescheiterten Versuchen des Grenzübertritts wieder in Velika Kladuša gelandet ist, einer Kleinstadt im Nordwesten von Bosnien und Herzegowina, die zu einem Nadelöhr auf der Fluchtroute durch Südosteuropa geworden ist.

„Heute Abend haben wir versucht, die slowenische Grenze zu erreichen. Wir waren vierzehn in der Gruppe. Die kroatische Polizei hat uns im Wald gefangen genommen. Sie haben ihre Waffen benutzt, um uns aufzuhalten. Wir waren verängstigt. Sie zwangen uns, uns mit über dem Kopf ausgestreckten Händen auf den Bo-

den zu legen. Zwei Stunden mussten wir in dieser Position verharren. Auch eine Familie mit Kindern war dabei. In der Zwischenzeit haben uns vier Polizisten durchsucht, unser Geld gestohlen und unsere Telefone zerstört. Wir wurden auch geschlagen. Einer meiner Freunde ist schwer verletzt. Wir hatten zu viel Angst, um Asyl zu beantragen. Dann haben sie uns in einen fensterlosen Transporter gesetzt. Ein oder zwei Stunden mussten wir in dem Transporter warten. Es gab kaum noch Sauerstoff. Sie fuhren uns zur Grenze zurück. Mit Polizeistöcken und einem Hund verscheuchten sie uns. Eben sind wir wieder in Velika Kladuša angekommen. Nun haben wir keine Telefone mehr und kein Geld und können nicht einmal mehr unsere Familien kontaktieren. Für mich war es der sechste Versuch, Kroatien zu durchqueren. Ich habe keine Wahl, ich werde es wieder probieren.“

Die Geschichten, wie gefährdete Partner aus Syrien immer wieder unter haarsträubenden Bedingungen versuchen, die Grenze zur Türkei zu überwinden, finden Sie unter: [medico.de/flucht-aus-syrien](https://www.medico.de/flucht-aus-syrien)

Die Beschäftigung mit Flucht und Migration ist bei medico in den letzten Jahren zu einem Schwerpunkt sowohl der Projekt- als auch der Öffentlichkeitsarbeit geworden. Unter dem Motto „Für das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben“ fördert medico auf der einen Seite die Solidarität mit Geflüchteten und Migrierenden auf ihren Wegen. Auf der anderen Seite rückt medico immer wieder die strukturellen Ursachen, die Menschen zum Aufbruch bewegen, in den Fokus.

**Spendenstichwort:
Flucht und Migration**

Foto: Mark Mühlhaus/attenzione



Seit Schließung der Balkanroute sitzen Tausende an den Grenzen fest.

Foto: Holger Friedemuth



Im Lager Moria auf Lesbos harren die Menschen unter unwürdigen Bedingungen aus.

Foto: Alarm Phone Sahara



Im Büro des Alarm Phone Sahara in Agadez werden die Gefahren der Routen dokumentiert.

Krise der Migration ...

... oder Krise der Solidarität? medico-Überlegungen zum Thema Flucht und Migration

Von Sabine Eckart

Dass medico sich schon seit vielen Jahren sehr grundlegend mit dem Thema Flucht und Migration beschäftigt, ist keine Neuigkeit. Dass aber unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Süden, in diesem Fall unser Partner AMEL aus dem Libanon, ebenfalls über neue Formen der transnationalen Solidarität mit Geflüchteten nachdenkt, zeigt, wie sehr sich in dieser einen Welt Diskurse und Denken annähern. Sabine Eckart, medico-Projekt Koordinatorin für Flucht und Migration, war im Sommer 2018 auf einem von der libanesischen Partnerorganisation AMEL organisierten Vernetzungstreffen in Rom eingeladen, die medico-Strategien zu dem Thema vorzustellen. Wir veröffentlichen einen Auszug aus ihrem Vortrag.

Die sogenannte „Krise der Migration“ verweist auf strukturelle Krisen, für die Europa und seine Mitgliedsstaaten eine bedeutende Mitverantwortung tragen. Sie sind vor allem Ausdruck einer Krise der Solidarität zwischen Europa und verarmten Bevölkerungen in der Welt, die oft von korrupten Autokraten oder Clans regiert werden – und das allzu oft im Einvernehmen mit europäischen Staaten oder gar mit deren Unterstützung. Die Krise der Solidarität von Europa mit seinen Nachbarn, aber auch in Europa selbst ist eine Fortsetzung der Krise der Solidarität auf globaler Ebene – und die Politik der Externalisie-

rung ihr konkretester Ausdruck. Die aktuelle europäische Migrationspolitik verstärkt die Krise der Solidarität und erzeugt neue Vulnerabilitäten, also Verletzlichkeiten und Unsicherheiten. So stranden Geflüchtete und Migrierende zunehmend in Ländern, in denen es keine hinlänglichen Sicherungssysteme gibt und die öffentlichen Angebote und Strukturen nicht einmal die Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung decken. Dabei ist bemerkenswert, dass es in diesen Ländern häufig eine deutlich größere Solidarität zu geben scheint als in den reichen europäischen Ländern. Die Praxis der sogenannten „freiwilligen“ Rückführungen und Abschiebungen nicht nur in die Herkunftsländer, sondern auch in Drittländer außerhalb oder innerhalb Europas im Rahmen von Dublin-Abschiebungen führt dazu, dass Menschen in ohnehin überlasteten Gesellschaften wie Griechenland oder Marokko stranden. Sie geraten so immer häufiger und oft auf Dauer in unzureichende provisorische Verhältnisse ohne jede Perspektive auf eine wirtschaftliche, soziale oder gar politische Integration.

Neue Vulnerabilitäten

Europa schafft solche neuen Vulnerabilitäten aber nicht nur bei Geflüchteten und Migrierenden sowie in Transit- und Gastländern. Viel-

mehr nehmen sie auch in und zwischen den eigenen Gesellschaften zu. In Europa geben inzwischen Populisten und extreme Rechte, aber auch manche pragmatische Linke, die sich als „realistisch“ verstehen, die Richtung vor, indem sie darauf pochen, dass Solidarität Grenzen habe. Sie ignorieren dabei die Tatsache, dass Teile der eigenen Bevölkerung in auch nach Innen externalisierenden Gesellschaften unter den gleichen strukturellen Deklassierungen, Ausgrenzungen und Ausschlüssen leiden.

Es geht darum, den Diskursen und Politiken zu widersprechen, die behaupten, Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete würden die Sozialsysteme sowie Wohn- und Arbeitsmärkte belasten. Was als „Migrationskrise“ wahrgenommen wird, ist vielmehr eine Krise der sozialen Verteilung innerhalb und zwischen den Gesellschaften. Es geht daher darum, die Mobilisierung der Marginalisierten zu unterstützen, um ihre Rechte geltend zu machen, indem sie ihre Kräfte bündeln und (wieder) politische Akteure werden: Einheimische ebenso wie Geflüchtete oder Migrierte gleich welchen Status. Wir dürfen die Kategorisierung von Menschen und die Schaffung von Zwei-Klassen-Systemen und -Diensten nicht akzeptieren, sondern sollten die Verteilung von nationalen und globalen Ressourcen zum Wohle aller fordern. Aktuell ist allerdings zu beobachten, dass sich die spaltenden Dynamiken in den Transit- und Ankunftsändern immer weiter nach demselben Modell beschleunigen und verallgemeinern. Umso wichtiger ist daher eine transnationale Perspektive ebenso wie eine Erweiterung des Blickes über den Mittelmeerraum hinaus.

Strategische Ausrichtung

Was bedeutet das für die Strategien und die Arbeit einer Organisation wie medico international?

- Wir arbeiten nicht für, sondern mit den Marginalisierten. Es geht uns darum, gemeinsam Strategien zu entwickeln und zusammenzuarbeiten. Das ist nicht immer einfach und es geht auch nicht vom einen auf den anderen Tag, aber es ist angemessener, würdevoller und nachhaltiger.
- Wir versuchen, Formen von Solidarität zu entwickeln, zu fördern und zu stärken. So unterstützen wir die Selbstorganisation von Geflüchteten und Migrierenden, wo immer es uns möglich ist: in den Flüchtlingslagern der Sahrauis und Palästinenser, in Mali und Marokko, in Mittelamerika oder Griechenland.
- Wir fördern den Austausch und die gegenseitige Hilfe unter verschiedenen Gruppen von Geflüchteten und Migranten. Und wir unterstützen die Solidarität zwischen der lokalen Bevölkerung und Migrierenden.
- Wir fördern die Zusammenarbeit zwischen Solidaritätsorganisationen auf subregionaler und regionaler Ebene.
- In Zusammenarbeit mit unseren Partnerorganisationen unterstützen wir Ansätze zur Erforschung, Dokumentation und Aufklärung. Mit den Auswirkungen der europäischen Migrationspolitik auf den Fluchtrouten beschäftigt sich zum Beispiel die Publikation „Im Schatten der Zitadelle“.
- Wir kritisieren die Rückführungspolitik und informieren über ihre Auswirkungen, zum Beispiel mit einem Projekt, das die Situation derjenigen, die nach Afghanistan zurückgeführt wurden, untersucht und dokumentiert.
- Wir unterstützen die Vernetzung von Migranten- und Flüchtlingsrechtsorganisationen, damit diese sich in Fällen staatlicher Repression informieren und unterstützen können.

Geteilte Werte

Unsere Arbeit basiert auf zwei zentralen Prinzipien: Der Universalität der Menschenrechte und mit den Partnerorganisationen geteilte Werte. Der rechtebasierte Ansatz beruht darauf, dass die gleichen Rechte für alle überall gelten und geltend zu machen sind. Er lehnt die Kategorisierung von Menschen ebenso ab wie die Legitimität von Zwei-Klassen-Systemen. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen stehen wir ein für die Anerkennung des Rechts auf Freizügigkeit von Menschen und ihrer Mobilität. Wir wollen gemeinsam nicht Teil der Infrastruktur der Ausgrenzung und Abschottung sein oder an ihr mitwirken, etwa als „humanitärer Arm“ bei Abschiebungen oder Rückführungen.

Diese Arbeit ist nicht immer frei von Widersprüchen und Dilemmata. Aber wenn wir darauf achten, uns nicht in falsche Diskurse hineinziehen zu lassen oder irreführende Begrifflichkeiten, wie die Rede von der „illegalen“ Migration zu bedienen, und uns nicht für die Abfederung eines Systems einspannen lassen, das auf Ausgrenzung, Stigmatisierung, Klassifizierung von Menschen und Entsolidarisierung beruht, nähern wir uns zumindest einer humaneren, gerechteren und adäquateren Sichtweise und politischen Praxis an.

Der vollständige Vortrag findet sich unter medico.de/krise-der-solidaritaet, das aus dem transnationalen Austausch hervorgegangene Manifest unter medico.de/exil-manifest

GRENZENLOSE SOLIDARITÄT Eine Auswahl von medico-Projekt

MEXIKO

- Unterkunft und Versorgung von Migrantinnen und Migranten (Herberge La 72)
- Stärkung der Rechte von Migranten durch Öffentlichkeitsarbeit und kollektive Suche nach Verschwundenen (M3)

ÄGYPTEN

Flüchtlingsunterstützung und -integration in Alexandria (Torraha for Culture and Art)

MALI

Unterstützung von abgeschobenen und abgewiesenen Migrantinnen und Migranten sowie Förderung der Selbstorganisation (AME und ARACEM)

MAROKKO

Unterkunft für Frauen und ihre Kinder auf der Flucht und Unterstützung der Konferenz „Stimme der Migranten“ in Rabat (AEI und ARCOM)

MAURETANIEN

Rechtsberatung und soziale Begleitung von Migrantinnen und Migranten sowie regionale Vernetzung von migrationspolitischen Organisationen (AMDH)

en zu Flucht und Migration

BALKANROUTE

Monitoring von Pushbacks zur Verteidigung der Rechte von Migrantinnen und Migranten (Moving Europe)

GRIECHENLAND

Juristischer und psychosozialer Beistand für Geflüchtete auf Chios und Lesbos (Pro Asyl/RSA)

AFGHANISTAN

Dokumentation des Schicksals von aus Europa Abgeschobenen (AHRDO)

BANGLADESCH

Nothilfe und Basisgesundheitsdienste für geflüchtete Rohingya (Gonoshasthaya Kendra)

IRAK (KURDISCHE GEBIETE)

Kultur- und Jugendzentrum in Kifri als Ort des Dialogs zwischen Binnengeflüchteten und Gastgemeinden (HAUKARI)

LIBANON

- Nachmittagsunterricht und Bildungsangebote für syrische Flüchtlingsjugendliche (Nashet)
- Basisgesundheitsdienste und Gesundheitsschulungen für syrische Flüchtlinge (AMEL)

PALÄSTINA/ISRAEL

Unterstützung von erkrankten Geflüchteten, denen die Abschiebung droht (PHR-Israel)

SYRIEN

- Medizinische Nothilfe für Binnenflüchtlinge im kurdischen Norden (Gesundheitsrat Rojava)
- Lebensmittelversorgung für syrisch-palästinensische Flüchtlingsfamilien (Jafra Foundation)

NIGER

Alarmphone Sahara – Recherchen gegen das Sterben in der Wüste (AEI über Globale Gerechtigkeit e.V.)

SIERRA LEONE

Stärkung der Selbstorganisation von abgeschobenen Migrantinnen und Migranten und Advocacy gegen deren Stigmatisierung (NEAS)

SOMALIA / KENIA

Nothilfe für Geflüchtete in informellen Lagern im Grenzgebiet (KAPLET und NAPAD)

WESTSAHARA

Versorgung sahrauischer Flüchtlingslager mit Medikamenten und medizinischem Material (DARS)

Mehr zu den Projekten und Partnerorganisationen unter medico.de/migration

Beckett wäre Hoffnung



Theater als Methode zur Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte: Für die afghanischen medico-Partner bedeutet das eine Auseinandersetzung mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Der medico-Partner AHRDO in Afghanistan probt ein Stück über einen Selbstmordattentäter. Dann geschieht ein Selbstmordattentat

Von Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn

Kabul am 15. August 2018, 16.00 Uhr. Die Proben zu unserem neuen Theaterstück, das den andauernden Konflikt im Land aus satirischer Perspektive behandelt, sind für heute beendet. Es fehlt nur noch der Feinschliff, dann kann unsere Inszenierung, inspiriert von Pablo Nerudas „20 Liebesgedichte und ein Lied der Verzweiflung“ aufgeführt werden. Eine der heute geprobt Szenen hat den Titel: Der schönste Selbstmordattentäter der Welt. Die sechs afghanischen Kollegen und ich scherzen ausgelassen über die Absurdität dieser in Afghanistan bis vor Jahren noch unbekannt Form des (Er-)Mordens, die inzwischen den Alltag der Menschen auf Schritt und Tritt bestimmt. Wir sammeln ein paar Sätze, die viele Afghanen tagtäglich als Überlebensmantra zu hören bekommen. „Wann immer du eine Gruppe von mehr als fünf Menschen siehst, bleib fern, es könnte sich jemand in die Luft sprengen.“ Oder: „Untersteh dich, nach einer Explosion den Opfern sofort zu helfen. Ein weiterer entehari könnte darauf warten, auch dich in den Tod zu reißen.“

So etwas muss ich meiner Familie in Hamburg nicht sagen. Im Normalfalaal tauschen wir höchstens die Verabschiedungsfloskel „Bis heute Abend“ aus. Im Probenraum wird es kurz still, alle schauen betreten zu Boden. Dann ergreift Doktor Sharif (Spitzname „Actor Sharif“), einst politischer Gefangener und Guerillero, das Wort: „Hjalmar jan, leider haben 40 Jahre Krieg

nicht nur unsere Körper und Seelen zerstört. Auch unsere Fähigkeit, sich sprachlich ausdrücken zu können, ist von der ewigen Gewalt und Angst stark verzerrt worden. Aus diesem Grund sprechen viele von uns heute nur noch eine vernarbte Sprache. Es ist eine Tragödie.“

Überleben, alles andere ist Luxus

Beim Stichwort „Tragödie“ sind wir schnell wieder bei unserem Stück, und der Enthusiasmus über die anstehende Aufführung kehrt zurück. Saleem, der Schauspieler, der die Rolle des „schönsten Selbstmordattentäters der Welt“ mit großem Gestus spielt, ist im Begriff, seine aus Coca-Cola- und Pepsi-Dosen bestehende „Explosionsweste“ auszuziehen, als bei einer Kollegin das Smartphone klingelt. Die Nachricht: Ein Selbstmordattentäter, ein echter und definitiv nicht schön, hat sich soeben mitten in einem Vorbereitungszentrum für angehende Studenten in die Luft gesprengt. Nur wenige Autominuten von uns entfernt, mitten in einer vorrangig von Angehörigen des Volkes der schiitischen Hazara bewohnten Gegend im Westen Kabuls. Fünf meiner sechs Kollegen leben mit ihren Familien dort. Unsere gute Laune stirbt den Sekundentod, die Handys werden zum wichtigsten Gut. In der Ferne hören wir die Sirenen von Ambulanzen. Es heißt, zwölf Menschen seien ums Leben gekommen.

Am Abend gegen 21.30 Uhr sitze ich mit drei Kollegen in unserem nur drei Kilometer vom Tatort entfernten Büro. Mittlerweile ist die Zahl der Todesopfer auf 35 angewachsen, zum Glück ist darunter niemand von unseren Leuten, aber einige Bekannte sind verletzt oder verschollen. Meine langjährigen Weggefährten können ihre Wut kaum mehr kontrollieren, Tränen der Empörung und Ohnmacht fließen. Draußen mischen sich die Sirenen der Rettungswagen mit den Gebetsrufen der sunnitischen Moscheen im Umkreis. Wir bekommen sofort eine Gänsehaut. Leider stehen sich derzeit in Afghanistan auch wieder sunnitische und schiitische Muslime gegenüber, wobei letztere seit der Herrschaft des „Eisernen Emirs“ Abdur Rahman Khan im späten 19. Jahrhundert gern als „Ungläubige“ und „Spione“ denunziert werden. Radikale sunnitische Führer rufen wieder einmal dazu auf, die Käfirs endlich auszurotten. Es gibt viele Wege zu sterben in Afghanistan.

Da augenblicklich die Zahl der zivilen Opfer von Tag zu Tag steigt, haben die Regierung des Präsidenten Aschraf Ghani und die internationale Gemeinschaft in der Bevölkerung fast jeden Kredit verspielt. Mit dem Islamischen Staat (IS) ist im Osten ein zusätzlicher, absolut unbarmherziger Akteur am Werk, der gewillt scheint, die Leidensfähigkeit der Afghanen endgültig zu brechen. „Für eine Mehrheit von uns ist die Vorstellung von Frieden und Gerechtigkeit, ist der Traum von einem glücklichen und selbstbestimmten Leben immer mehr zu einer ontologischen Unmöglichkeit geworden. Was allein zählt, ist das Überleben. Alles andere ist Luxus“, so Hadi Marifat, Intellektueller und Dichter, seit gut zehn Jahren einer meiner besten Freunde.

Diese für die Anhänger von Deportationen afghanischer Asylbewerber aus Deutschland möglicherweise unangenehme Lagebeschrei-

bung hält uns an diesem Abend andererseits nicht davon ab, genau das Gegenteil von dem zu tun, was Hadi gerade gesagt hat. Also widmen wir uns dem Luxus der (politischen) Kunst, in diesem Fall der afghanischen Aneignung von Kasimir Malewitschs Das Schwarze Quadrat. Dieses dient als Eingebung für ein grauschwarzes afghanisches Quadrat, das den ständig erlebten Übergang von Traurigkeit (Grau) in Schwermut (Schwarz) und zurück symbolisiert und als bewusst abstrakt gewähltes Emblem für unser neues Stück fungieren soll. Gemeinsam mit dem Schriftsteller und bildenden

„Gewalt und Angst hat unsere Sprache vernarbt.“

Künstler Hamid (Spitzname: „Fidel“) diskutieren wir darüber, ob das Symbol des Quadrats nicht besser durch ein Minuszeichen ersetzt werden sollte, da die afghanische Wirklichkeit so unfassbar hart ist, dass sämtliche, auch nur erträumten Neuanfänge immer mindestens bei minus 100 beginnen. Betroffenes Schweigen, dann ein plötzliches Handyklingeln. Hadi wird gebeten, sich morgen der Trauerfeier für die Opfer des jüngsten Anschlags anzuschließen.

Die eben noch verstümmelten Flügel wachsen wieder nach. Für die nächsten Stunden sind Hadi und Hamid frenetisch am Telefonieren und Tweeten, gepaart mit Momenten von existenzieller Lähmung ob der scheinbaren Sinnlosigkeit des Lebens in Afghanistan. Hamid schlägt vor, dass unser nächstes Stück eine afghanische Version von Samuel Becketts Warten auf Godot sein sollte: „Auch wir warten seit Jahren darauf, dass uns jemand rettet, aber sowohl unsere vermeintlichen Erlöser als auch unsere eigenen Versuche, diese Drecksspirale

endlich zu unterbrechen, führen immer wieder in dieselbe Sackgasse der verstümmelten Hoffnungen. Es ist einfach nur absurd, Afghane zu sein.“

Obwohl es schon weit nach Mitternacht ist, versucht Hadi, die Familien der Opfer zu kontaktieren und zu fragen, ob, wo und wann die größtenteils verstümmelten Körper der zwischenzeitlich 45 Todesopfer beerdigt werden sollen. Eine Gedenkstätte wird erwogen, aber schnell stellt sich heraus, dass die wenigsten bereits identifiziert worden sind und einige der Toten keine Angehörigen in Kabul haben, sondern als Hoffnung einer ganzen Familie hierhergeschickt wurden. Das heißt, viele Eltern dürften noch nicht einmal wissen, dass ihre Kinder bei einem Anschlag ums Leben gekommen sind.

Andererseits müssen die Toten innerhalb von 24 Stunden gewaschen und beerdigt sein, sonst ist es wahrscheinlich, dass die Regierung sich der Körper annimmt und man diese nie wieder sehen wird. Schließlich wird beschlossen, einen lokalen Polizeichef zu treffen, der beim vorgesehenen Massenbegräbnis die Sicherheit garantiert. Leider ist von dem am nächsten Tag nichts zu sehen.

Kabul, am 16. August 2018, 3.40 Uhr. Es klopft an der Tür. Hadi tritt ein. „Hjalmar jan, ich kann nicht schlafen. Können wir noch ein wenig plaudern?“ Wir setzen uns auf den Boden. Das Licht bleibt aus. Erstickendes Schweigen. Dann Hadis Frage: „Wie oft steigt der Phönix aus der Asche, bis er aus Verzweiflung krepirt?“

Ich antworte irgendeinen Stuss. Irgendetwas mit „die Zukunft gehört den Afghanen, weil ihr seit Jahrzehnten die Kunst des Überlebens, des Widerstands und der Unerschütterlichkeit trainiert habt, und es genau diese Fähigkeiten sind, die wir im Westen schon vor langer Zeit verloren haben“. Hadi ist nicht überzeugt. Wie-

so sollte er auch? Wir umarmen uns. „Schlaf gut. Wir sehen uns in ein paar Stunden.“

Beckett würde zugrunde gehen

Kabul, 16. August 2018, die genaue Zeit hat keine Bedeutung mehr. Es ist einfach nur der Zeitraum nach einem weiteren Selbstmordanschlag in einem Land, in dem die Hoffnung der allermeisten Menschen seit Generationen immer neuen Vernichtungsfeldzügen geopfert wird. Wäre Beckett heute noch am Leben, er würde an Afghanistan zugrunde gehen. Warten auf Godot wird hier zum Warten auf den nächsten Selbstmordanschlag, und im Gegensatz zu Godot, der niemals kommt, besteht für alle meine afghanischen Kollegen kein Zweifel, dass es diesen nächsten Anschlag irgendwann geben wird. Getreu dem Motto: Es hat sich schon seit Tagen niemand mehr in die Luft gesprengt. Es kann nicht mehr lange dauern, und dann heißt es wieder Gräber schaufeln.

Wir haben unsere Proben für heute verschoben. Stattdessen waren Hadi, Doktor Sharif, Saleem, Fidel, Assad, Yunus, Qazim, Khatera und Zahra – die letzten beiden sind die Hauptdarstellerinnen des neuen Stücks – auf der Gedenkfeier für die Opfer, wo sie gemeinsam mit Hunderten von Trauernden und ohne Polizeischutz das Massengrab für die Anschlagsoffer geschaufelt haben. Insgesamt neun zerstückelte Körper sind bei extremer Hitze und gegen den Widerstand von bewaffneten Milizen, die den Gedenkort plötzlich für sich beanspruchen wollten, wortwörtlich zu Grabe getragen worden.

Zurück im Büro sitzen die Kollegen – solidarische Totengräber allesamt – völlig erschöpft und stumm vor mir. Ich serviere ihnen Tee. Einer schläft sofort ein. Hadi ist mit seinen Kräften ebenfalls am Ende, aber er tweetet und

telefoniert irgendwie weiter. Doktor Sharif misst sich selbst den Blutdruck. Khatera und Zahra waschen sich den Sand aus den Gesichtern. Sand der Trauer und Wut. Ich bitte sie, mir in einem Satz oder einer Frage zu beschreiben, wie es dort war auf dem Gedenkhügel. Was sie fühlten oder dachten, als sie dort gegraben haben. Ihre Antworten sind eine Anklage gegen alle, die in Afghanistan den Krieg forcieren und davon profitieren. „Ich habe mich gefragt, wer mein Grab schaufeln wird, wenn ich irgendwann Opfer eines Anschlags werden sollte“, sagt Saleem. Und Khatera meint: „Bis vor Kurzem noch habe ich mich auf genau jenem Hügel mit Freundinnen regelmäßig zum Picknick getroffen. Heute habe ich dort die Körper meiner Landsleute begraben. Ich frage mich, wie ich diesen Hügel in der Zukunft erinnern werde.“

„Das Schlimmste von allem ist“, äußert sich Zahra, „dass ein gewaltsamer Tod für uns immer mehr zur Norm wird. Ich frage mich ständig, wann es mich endlich trifft. Ich hoffe nur, dass der Tod schnell eintritt und ich nicht tagelang langsam verrecke.“ Und noch mal Khatera: „Es klingt pathetisch, aber trotz aller Trauer und Wut hat mir der Tag heute auch Mut gemacht.“ Nein, Khatera jan, deine Worte sind nicht pathetisch. Du und die anderen, ihr sagt einfach nur die Wahrheit, nichts als die Wahrheit. Und wir, die wir auf unterschiedliche Art und Weise dazu beitragen, dass ihr mehr Zeit investiert, euren baldigen Tod zu antizipieren als gemeinsam mit euren Lieben das Leben zu genießen, wir haben verdammt noch mal die Pflicht, euch zuzuhören.

PS: Die Generalprobe beginnt am nächsten Tag neun Uhr.



Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn ist ein deutschbolivianischer Regisseur, der seit 2007 in Kabul arbeitet. 2013 erschien sein Buch: Wenn die Burka plötzlich fliegt.

Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn, dessen Text wir hier veröffentlichen und der zuerst in der Wochenzeitung „Freitag“ erschien, ist ein langjähriger Kollege in der Zusammenarbeit mit dem afghanischen medico-Partner AHRDO. Die Menschenrechtsorganisation arbeitet u.a. mit Theater der Unterdrückten wie in der oben geschilderten Probe-Arbeit. Diese immer gefährdete Arbeit an einer kollektiven Erinnerung, die Demokratie und Menschenrechte möglich macht, können Sie unterstützen.

Spendenstichwort: Afghanistan

Schattenreich der Angst

Syrien. Assads Macht scheint gesichert, aber der Konflikt ist nicht zu Ende. Ein Überblick aus Sicht der medico-Partner

Von Katja Maurer

Junge Frauen werden über Nacht alt, sechs-jährigen Jungen sprießt plötzlich ein Bart. Das ist keine Variante des magischen Realismus auf Arabisch. In ihrem kürzlich auf Deutsch erschienenen Roman „Die Verängstigten“ beschreibt die syrische Schriftstellerin Dima Wannous, was mit Menschen geschieht, die Angst als Grundvoraussetzung ihrer Existenz erfahren. Ein ganzes Land mit seiner multireligiösen Bevölkerung lebt seit Jahrzehnten im Schatten dieser Angst. Dieser Schatten tut so weh, wie die Angst selbst, sagt die Mittdreißigerin. Ihre Beschreibung verletzter Seelen spielt deshalb immer wieder beim Psychiater in Damaskus. Nur wer kann Wunden heilen, die vielen schon in den 1980er Jahren zugefügt wurden, als das Assad-Regime den Aufstand der Muslimbrüder mit einem Massaker in der Stadt Hama beendete, bei dem bis zu 30.000 Menschen ums Leben kamen? Für die syrische Schriftstellerin ist das einer der Ausgangspunkte der Zerstörung, die nun das ganze Land erfasst hat. Man könnte auch die Niederschlagung der kurdischen Demonstrationen 2004 nennen. In allen kurdischen Gemeinden und Stadtvierteln Syriens kam es zu Massenverhaftungen insbesondere von Jugendlichen, viele erlebten Folter.

Diese Angsterfahrung ist mit der Niederschlagung der „Revolution“, wie die syrischen Aktiven den demokratischen Aufstand von 2011

nennen, weil er alle eingeübten Mentalitäten mit einem Schlag verändert hatte, allgemein geworden. Der syrische Menschenrechtsanwalt Anwar Al-Bouni, der selbst jahrelang im Gefängnis saß und jetzt in Europa im Exil lebt, wirft am Telefon einige Schlaglichter: Seiner Schätzung nach sitzen 150.000 Menschen in Syrien im Gefängnis, zumeist aus politischen Gründen. 80.000 davon seien namentlich bekannt. Aber es gäbe viele Tausend Verschwundene. Manches Schicksal hat sich mit der bitteren Euphorie des vorläufigen Sieges von Assad geklärt: Das Regime gab den Tod von mindestens 5.000 Gefangenen bekannt. Offenbar in der Annahme, dass keiner sich mehr traut, den Skandal syrischer Gefängnisse beim Namen zu nennen: ein Staatsverbrechen.

Die aktuellen Zahlen zur syrischen Katastrophe lassen sich nicht in eine Sprache fassen, die die Anonymität der Ziffern aufheben kann. Die Todesopfer des sieben Jahre anhaltenden Konflikts liegen zwischen 300.000 und 500.000. Es gibt laut der UNO sechs Millionen Binnenvertriebene. 5,6 Millionen sind in die Nachbarländer geflohen. Zwei Drittel des Landes haben die Regierungstruppen mit Hilfe der russischen Armee und einer militärischen Strategie, die keine Rücksicht auf Zivilisten und Völkerrecht nimmt, zurückerobert. Es verbleiben die kurdischen Gebiete im Norden, die unter der Kontrolle der PYD (mit Unterstützung der US-Armee)

stehen und die Region Idlib, wohin alle verbracht wurden, die nicht in den eroberten Gebieten bleiben konnten oder wollten.

Niemandsland Idlib

Nach Idlib sind auch Kolleginnen und Kollegen aus der medico-Projektregion Ost-Ghouta geflohen, die im lokalen Komitee von Erbin u.a. die freien und demokratischen Schulen in Kellergeschossen betrieben hatten, sowie Frauen aus dem Frauenhaus in Douma. Der in Deutschland lebende syrische Sozialwissenschaftler Omar Sharaf, mit dem medico immer wieder zusammenarbeitet, kommt aus der Region Ost-Ghouta und steht im Kontakt mit den Kollegen vor Ort. Idlib, so Sharaf, sei ein Niemandsland ohne staatliche oder lokal legitimierte Institutionen. Jederzeit könne man Opfer eines Übergriffes irgendeiner Gruppierung werden. In der Grenzregion zur Türkei leben drei Millionen Menschen, zwei von drei sind intern Vertriebene. Viele hofften, das Land Richtung Türkei verlassen zu können. Manche Familien hätten es mehr als zehnmals erfolglos versucht, seien dabei ausgeraubt und von Schleppern zusammengeschlagen worden.

Während Mitglieder der demokratischen Opposition aus Erbin versuchen, sich ins Ausland durchzuschlagen, regiert in Erbin das syrische Militär und die Baath-Partei. In Erbin, so Sharaf, sei das allerdings eine Truppe aus wenigen syrischen und russischen Soldaten, nicht mehr als 30 Mann, die sich als Machtdemonstration rund um das Rathaus aufhielten. Sharaf glaubt, dass Flüchtlinge aus den Nachbarländern zurückkehren würden, sobald die Kriegshandlungen zu Ende gingen und sie nicht persönlich von Verfolgung bedroht seien. Zu prekär sei etwa ihre Situation im Libanon und in Jordanien.

Yarmouk in Trümmern

Auch die palästinensisch-syrische Partnerorganisation Jaфра ist mit der neuen Situation befasst. Erste Familien versuchen in das einstige Palästinenserlager in den Damaszener Stadtteil Yarmouk zurückzukehren. Der Stadtteil ist zu 80 Prozent zerstört. Es gab die Ankündigung, dass Häuser enteignet würden, wenn sich ihre Besitzer nicht binnen wenigen Wochen zurückmelden würden. Wesam Sabaneh, Gründungsdirektor von Jaфра, berichtet, dass sich erste Familien zurückgemeldet hätten, aber die Klärung des Eigentums nicht gelungen sei. Es gab große Befürchtungen, dass die syrischen Autoritäten eine Wiederbesiedlung von Yarmouk durch Palästinenserinnen und Palästinenser verhindern würden. Immerhin fand hier 2011 eine der größten Demonstrationen zur Demokratisierung von Syrien statt. Syrisches Militär hatte den Stadtteil, in dem islamistische Milizen diverser Couleur die Kontrolle ausübten, jahrelang eingekesselt und ausgehungert. Mit dem fast vollständigen Exodus der ursprünglichen Bewohnerschaft schien die Hoffnung dahin, hier könne irgendwann ein Wiederaufbau unter palästinensischer Ägide stattfinden. Nun gibt es Versuche, alle palästinensischen Fraktionen, die sich in Gegner und Befürworter Assads zum Teil auch militärisch gespalten hatten, in dem Ziel zu einigen, Yarmouk wieder palästinensisch zu machen. Ausgang ungewiss.

Offen ist auch die Situation in den kurdisch dominierten Gebieten im Norden, die mehr als 25 Prozent des syrischen Territoriums ausmachen. Ein Repräsentant des Demokratischen Rats, der beansprucht, alle Bewohnerinnen und Bewohner gleich welcher religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit institutionell zu vertreten, erklärte auf Anfrage von medico, dass der Konflikt zwar noch nicht zu Ende sei, aber Assad vorerst bleibe. Damit begründet der Rat



Gibt es in diesen Trümmern eine Zukunft für die palästinensische Gemeinde in Syrien? Der Damaszener Stadtteil Yarmouk.

die Gespräche, die seit Juli 2018 mit Vertretern aus Damaskus geführt werden. Es sei dabei vor allen Dingen um Absprachen im Dienstleistungssektor und auf Verwaltungsebene gegangen. Ziel des Rates ist die politische Autonomie der nordsyrischen Föderation, eine nur kulturelle Autonomie sei nicht akzeptabel. Eine politische Autonomie beinhaltet auch die Praxis, die schon jetzt in den nordsyrischen Gebieten stattfindet: Mehrsprachigkeit in Bildung und Ämtern, demokratische Wahl der Räte auf allen Ebenen, der Aufbau einer sozialen Infrastruktur, die allen gleichermaßen zugänglich ist. Die Hoffnung ist, dass die Schaffung neuer Institutionen entlang dieser Prinzipien auf lokaler Ebene langfristig die Autonomie sichern kann.

Leise Hoffnung

Das aktuelle syrische Szenario aus Angst, Flucht, Vertreibung, aber auch Rückkehr und leiser Hoffnung, je nach Region, könnte allerdings schon im nächsten drohenden militärischen Angriff untergehen. Die Koalition um Assad will nun auch Idlib unter ihre Kontrolle bringen. Schon jetzt gibt es einen Propagandakrieg. Im August veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium eine Erklärung, in

der die Weißhelme bezichtigt werden, Verteidigungsstrategien gegen Giftgasangriffe mit der Bevölkerung zu üben, obwohl doch klar sei, dass die Rebellen/Terroristen in Idlib das Giftgas einsetzen. Trump seinerseits droht schon mit Angriffen, falls es zu Bombardierungen in Idlib kommt. Und die russische Flotte weist große Truppenbewegungen im Mittelmeer auf. So viel Getöse schon vor der Schlacht. Mitten drin die Weißhelme, die ohnehin der Russen liebster Feind sind. Gegen die gut finanzierten und organisierten Zivilschutzmänner hat Russland über das Internet eine solche Schlamm-schlacht gestartet, dass man sich erst mal ein paar Seiten durchklicken muss, um auf Informationen zu stoßen, die nicht aus russischer Quelle stammen. Es ist eben auch ein Krieg um die Wahrnehmung, in dem die Wahrheit von der Haltung abhängt.

Für die vielfältigen Arbeiten in Syrien und mit syrischen Flüchtlingen im Libanon ist medico auf Ihre Unterstützung angewiesen, gerade dann, wenn es um Befreiungsbemühungen geht, die den Horizont eines demokratisch verfassten Syriens nicht aufgeben.

Spendenstichwort: Syrien

Projekte Projektionen

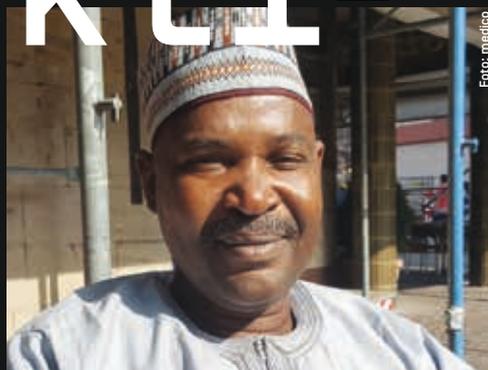


Foto: medico

Unter Druck

Niger: Shrinking Spaces im Frontstaat der EU

Im Herbst 2017 noch sprach der nigrische Menschenrechtsaktivist Moussa Tchangari im Bundestag über die Auswirkungen der im Namen von Terrorbekämpfung und Migrationsabwehr neu ausgerichteten europäischen Politik auf die Sahelzone. Im Frühjahr 2018 dann wurde der Generalsekretär der NGO Association Alternative Espaces Citoyens, Mitglied des von medico geförderten Partnernetzwerks in Westafrika, in der Hauptstadt Niamey gemeinsam mit anderen Bürgerrechtlern inhaftiert. Ihr Vergehen? Sie hatten zu einer Demonstration gegen ein geplantes Fiskalgesetz aufgerufen, das massive Steuervergünstigungen für private Telefongesellschaften vorsieht, die Lebenshaltungskosten für die breite arme Bevölkerung aber zu

erhöhen droht. Nach vier Monaten wieder auf freiem Fuß, reiste Tchangari Ende August als geladener Redner nach Agadez im Norden des Landes zu der Konferenz „Migration, Sicherheit und äußere Einmischung: Ist die Zukunft Westafrikas bedroht?“. Der Ort war bewusst gewählt, konzentrieren sich hier doch die europäischen Bemühungen, Migration zu unterbinden. Am Flughafen von Agadez aber wurden Tchangari und andere nigrische zivilgesellschaftliche Aktivisten festgehalten und in andere Landesteile verbracht. Zunehmend gerät Menschenrechtsarbeit im Niger unter Druck. Kritik aus Europa bleibt hingegen aus, schließlich ist das Land, geadelt vom Besuch der Bundeskanzlerin 2017, zum „strategischen Partner“ in der Migrationsabwehr und damit zum Frontstaat geworden.

Spendenstichwort:
Flucht und Migration

Dachgärten im Lager

Libanon: Mit Gewächshäusern gegen die Ausgrenzung

Was tun, wenn man hier gestrandet ist? Im Ein-El Hilweih Camp, dem größten palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon, leben rund 90.000 Menschen hinter Mauern auf engstem Raum zusammen, viele seit Jahrzehnten, rund 6.000 syrisch-palästinensische Flüchtlinge seit wenigen Jahren. Während die Armee alle Zu- und Ausgänge kontrolliert, ist der Alltag im Camp selbst von Gewalt, Armut und Ausgrenzung bestimmt. Was also tun? Vor eineinhalb Jahren hat die langjährige medico-Partnerorganisation Nashet die Gründung einer Frauenkooperative unterstützt. Ziel ist es, palästinensischen Frauen allen auch legalen Hürden zum Trotz

eine ökonomische Perspektive zu geben – mit beachtlichen Fortschritten. Seit etwas über einem Jahr stellen 50 Frauen in einer Großküche Lebensmittel sowie warme Mahlzeiten her und vertreiben sie. In Planung ist auch eine Bäckerei. Zudem unterstützt medico das jüngste Projekt: Auf Hausdächern entstehen Gewächshäuser für den Anbau von Gemüse und Obst. Nashet bedient sich dabei eines Ansatzes, mit dem die palästinensische Karama Foundation im Westjordanland erfolgreich ist. Die Früchte der Dachgärten sollen für den Eigenbedarf genutzt und an die Großküche der Kooperative verkauft werden. Darüber hinaus fördert das Projekt die Selbstorganisation und -ermächtigung der Frauen. Ein Urban Gardening der anderen Art.

Spendenstichwort: Libanon

Debattenwerkzeug

Brasilien: Für eine universelle Gesundheitsfürsorge

Die brasilianische Gesellschaft ist extrem gespalten: in arm und reich, ländlich und städtisch, schwarz und weiß. Die sozialen Ungleichheiten durchziehen auch die Gesundheitsfürsorge – trotz des bereits 1988 eingeführten Sistema Único de Saúde (SUS). Mit ihm ist zwar eine steuerfinanzierte öffentliche Gesundheitsversorgung mit freiem Zugang für die gesamte Bevölkerung in der Verfassung festgeschrieben, die Umsetzung dieser Ziele aber blieb, auch unter der PT-Regierung von 2003 bis 2016, stets defizitär. Seit Jahren führt die brasilianische Gesundheitsbewegung eine Abwehrschlacht gegen die mit öffentlichen Mitteln geförderten privaten Gesundheitsversicherungen auf Kosten des SUS. Massive Kürzungen im Sozial- und Gesund-

heitsbereich durch die Temer-Regierung haben die Lage verschärft. Umso wichtiger ist die Arbeit des medico-Partners CEBES. Das Zentrum zur Erforschung der Gesundheit fördert seit Langem die Debatten mit den Gesundheitsarbeiterinnen und -arbeitern und den sozialen Bewegungen. Analysen und Positionen, auch zu den dramatischen Folgen der Sparmaßnahmen, hat CEBES mit Unterstützung von medico in einem Buch zusammengefasst. Die Aufsatzsammlung ist gleichermaßen Ergebnis langjähriger Debatten wie auch Werkzeug für neue. So diskutierte CEBES die Thesen des stark nachgefragten Buches jüngst auf dem Kongress „Kollektive Gesundheit“ in Rio de Janeiro mit mehr als 400 Gesundheitswissenschaftlerinnen und -aktivisten. So eklatant die Ungleichheiten auch sind: Der Widerstand bleibt.

Spendenstichwort: Brasilien

Virtuell frei



Mit einem Smartphone am Strand von Gaza sind wenigstens die Gedanken frei.

Die Jugend in Gaza kann nur im Netz die Grenzen überwinden. Ein Gespräch mit den palästinensischen Menschenrechtlern Issam Younis und Mahmoud Aburahma

Issam Younis und Mahmoud Aburahma traf ich zum ersten Mal 2014 in Gaza-Stadt. Die beiden führenden Köpfe der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al Mezan Center for Human Rights hinterließen bei mir einen bleibenden Eindruck. Das lag nicht nur an den Umständen. Damals besuchte ich den Gaza-Streifen nach Ende der wochenlangen Bombardierungen durch die israelische Armee. Die zerstörten Viertel in Gaza-Stadt riefen die Bilder wach, die meine Generation tief im Unterbewussten aus der erzählten Perspektive der Eltern oder Großeltern gespeichert hat. Bilder, die das Menschheitsverbrechen Auschwitz oft überlagern, weil dieses die Vorstellungskraft sprengt. Die beiden Menschenrechtler pflegten in dieser von Wahrnehmungen und Erinnerungen überlagerten Situation eine warme Freundlichkeit im Umgang miteinander und mit den Besucherinnen, die fast unangemessen schien. Es war nicht nur Routine im Ertragen sich wiederholender Angriffe. Mir schien es auch ein Ringen um menschliche Würde, die unter allen Umständen gewahrt werden muss.

Nun sitzen sie vier Jahre später im medico-Büro. Mahmoud konnte wegen undurchsichtiger Drohungen gegen seine Person, die von schlimmen Verleumdungen bis Todeswarnungen reichten, von einer Dienstreise nicht nach Gaza zurückkehren. Für Mahmoud, dessen Eltern nach Rafah vertrieben wurden, wovon er unweigerlich erzählt, wenn man länger

mit ihm zusammensitzt, eine weitere Vertreibungserfahrung trotz des bitteren Lebens in Gaza. Wer hinter der Kampagne gegen ihn steckt, ist unklar. Weder bei den israelischen Behörden noch der palästinensischen Hamas ist der strikt menschenrechtliche Ansatz von Al Mezan und Mahmoud wohl gelitten. Auch Issam hat eine schwere Erfahrung hinter sich, eine lebensgefährliche Erkrankung. Aber beide gehen weiterhin respektvoll miteinander um, sie analysieren klarsichtig und das alles in einer Atmosphäre der warmherzigen Freundlichkeit. Wir reden auf Englisch. Sie könnten ein solches Gespräch aber auch im fließenden Hebräisch führen.

Wie sieht die Lage in Gaza heute aus?

Issam Younis: Die „Märsche der Rückkehr“, die seit März 2018 bis heute immer noch wöchentlich – wenn auch mit erheblich weniger Teilnehmern – stattfinden, gäbe es nicht ohne die beispiellose zehnjährige Blockade des Gaza-Streifens, die alle Lebensbereiche der Menschen beeinflusst. Die humanitäre Krise hat sich erheblich verschärft. Die Zahlen sind schockierend. Die Hälfte der Menschen ist arbeitslos. 85 Prozent der Bevölkerung hängt von humanitärer Hilfe ab. Die Situation kann kaum schwieriger sein. Die Märsche waren anfangs sehr heterogen zusammengesetzt. 110 Menschen wurden in den fünf Gebieten, in denen diese Märsche stattfanden, erschossen und ca. 4.000 Menschen durch scharfe Munition ver-

wundet. Es gab für das Leben der israelischen Soldaten zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr. Trotzdem hat die israelische Armee Scharfschützen und tödliche Munition eingesetzt.

Ihr habt versucht dagegen juristisch vorzugehen, wie?

Issam Younis: Die israelische Armee verweigerte zunächst denen, die verletzt wurden, die Ausreise aus Gaza. Ihnen konnte aber vor Ort häufig nicht geholfen werden, weil es Kranken-



Seit über zwanzig Jahren kämpft Mahmoud Aburahma für die Rechte der Menschen im Gazastreifen.

häuser mit entsprechenden medizinischen Möglichkeiten nur in Ost-Jerusalem und Ramallah gibt. Normalerweise gelten sogenannte humanitäre Kriterien, die die Ausreise von Patienten aus dem Gaza möglich machen. Den Verletzten wurde das verweigert. Gemeinsam mit der israelischen Menschenrechtsorganisation Adalah haben wir deshalb eine Klage beim israelischen Obersten Gerichtshof eingereicht. Es handelte sich um zwei Protestierende, bei denen die Gefahr bestand, dass sie beide Beine verlieren würden, weil die entsprechenden Behandlungsmöglichkeiten in Gaza fehlen. Nach langem hin und her erlaubte das Gericht die Ausreise von einem, so hat er nur ein Bein verlo-

ren. Der andere durfte Gaza nicht verlassen und ihm wurden beide Beine amputiert. Außerdem haben israelische Menschenrechtsorganisationen, mit denen wir regelmäßig zusammenarbeiten, vor Gericht beantragt, dass keine scharfe Munition gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten eingesetzt werden darf. Auch diesen Antrag lehnte das Oberste Gericht ab.

Mit welcher Begründung?

Issam Younis: Wir haben beweisen wollen, dass es sich bei den Demonstrationen nicht um Kampfhandlungen handelt, sondern um Proteste, bei denen die israelische Regierung nur bei Gefahr für Leib und Leben der Soldaten das Recht auf polizeiliche Maßnahmen bis hin zum Schusswaffengebrauch hat. Die israelische Armee hat eine Grenzgeographie in Gaza mit den Pufferzonen, den Sanddünen, den mehreren Kilometern entfernten ersten israelischen Ansiedlungen geschaffen, die es unserer Meinung nach sehr schwierig macht zu beweisen, dass junge Leute, die Steine werfend auf die Grenze zugehen, eine Lebensgefahr für die israelische Seite bedeuten. Die israelische Regierung hat das hingegen als eine Situation der Kampfhandlung dargestellt und sich auf einen Unterparagrafen des internationalen humanitären Rechts berufen, wonach die Demonstrationen deshalb Teil einer Kampfhandlung im Rahmen eines anhaltenden kriegerischen Konfliktes seien, weil sie in Zukunft in lebensbedrohlichen Auseinandersetzungen enden könnten. Wir haben mehrere Videobeweise vorgelegt von Protestierenden, die mitunter mehrere Hundert Meter vom Zaun entfernt, teils mit dem Rücken zu den israelischen Soldaten standen, und die erschossen wurden. Das Gericht akzeptierte diese Beweise nicht und folgte der Argumentation der israelischen Regierung.

Welche Lehren kann man aus diesen Ereignissen ziehen? Immerhin sind viele Men-

schen ums Leben gekommen oder verletzt worden.

Issam Younis: Die Jugend ist extrem frustriert und Gaza ist jung. Über 70 Prozent der zwei Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sind unter 29 Jahren. 60 Prozent von ihnen sind arbeitslos. Es gibt für sie genügend Gründe zu demonstrieren, auch unter Lebensgefahr. Die



Issam Younis erhielt 2008 in Anerkennung seiner Arbeit im Gazastreifen den Menschenrechtspreis der Stadt Weimar.

Gesellschaft in Gaza ist lebendig, auch wenn die Welt das nicht wahrnimmt. Es gibt nicht nur öffentliche Proteste gegen die Besatzung, sondern auch gegen die palästinensische Autonomiebehörde und gegen Hamas. Tausende von Menschen haben daran teilgenommen. Die Energie der jungen Menschen, wie sie auch in den „Rückkehrmärschen“ zum Ausdruck kam, braucht eine Form der Anerkennung als legitimer Ausdruck von Unbehagen, wenn man nicht will, dass die Situation sich weiter zuspitzt. Eine Jugend in harten realen Grenzen, aber zugleich dank Internet eine Jugend ohne virtuelle Grenzen. Was macht dieser Widerspruch mit den Menschen?

Mahmoud Aburahma: Viele von ihnen kennen bewusst nur das Leben unter der Blockade.

Ihre Wünsche und Horizonte sind sehr klein. Sie kennen die Westbank nicht, sie wissen nicht, was die Grüne Linie ist. Sie wissen nicht, was beim Juni-Krieg 1967 geschah und was er bedeutete. Niemand von ihnen hat in der Westbank studiert. Sie haben auch nicht in Israel gearbeitet. Sie kennen nur israelische Soldaten, Panzer und Bomben. Gleichzeitig überschreiten sie mit dem Internet diese realen Grenzen. Dort haben sie Kontakt zu Palästinensern und anderen Leuten in Haifa, in Nazareth, in Ramallah, im Libanon, in Syrien. Wo auch immer. Es entsteht eine neue Art von virtueller Identität, die sich unterscheidet von dem, was wir bislang kannten. Denn sie sind in eine so kleine Welt hinein geboren worden, die noch dazu jederzeit durch die israelische Regierung bedroht werden kann. Wir müssen diesen Widerspruch zur Kenntnis nehmen. Die Menschenrechtsarbeit von Al Mezan ist in ihrem Verständnis universell. Das zu vermitteln ist unsere Aufgabe. Menschenrechte gelten für alle, auch diesseits und jenseits der Grenze zu Israel.

Al Mezan führt regelmäßig Workshops mit Jugendlichen zum Thema Menschenrechte durch. Gibt es Interesse an dieser Arbeit in einem Umfeld, wo es um ihren Schutz in jeder Hinsicht so schlecht bestellt ist?

Issam Younis: Wir dürfen die Hoffnung nicht verlieren, auch wenn sich die Situation immer weiter verschlechtert. Für alle gleichermaßen geltende Menschenrechte sind der einzig richtige Weg für die Palästinenserinnen und Palästinenser und für alle anderen ebenfalls. Es gibt noch immer Räume, in denen die Kultur der Menschenrechte und ihre Universalität auch unter unseren Bedingungen aufrechterhalten und entwickelt werden kann. Unsere Programme für Studierende und Fachleute erfreuen sich großer Beliebtheit. Uns ist es wichtig, dass wir die Menschenrechte in ihrer ganzen Breite diskutieren. Wenn im Gaza-Streifen oder in der

Westbank Folter zum Beispiel im Polizeigewahrsam stattfindet, muss das ebenfalls thematisiert werden. Die Menschenrechte sind unteilbar, auch in einer Konfliktsituation. Das vermitteln wir, und das wird auch breit in den Workshops diskutiert. Wir beschäftigen uns in unseren Workshops mit der Ethik der Menschenrechte insgesamt. Wir glauben nämlich nicht, dass sich die Situation durch ein großes Ereignis verändern wird. Erfahrungen und Denkweise akkumulieren sich und bündeln sich irgendwann zu etwas Neuem. Solange machen wir unsere Workshops, sammeln Augenzeugenberichte dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. Das ist wichtig. Die Opfer müssen sprechen, selbst wenn vorerst keine juristische Aufarbeitung stattfindet.

Mahmoud Aburahma: In Deutschland halten viele die Menschenrechte für selbstverständlich. Sie fühlen sich vom Rechtsstaat weitestgehend geschützt. Das ist in Gaza nicht der Fall. Bei uns sind Menschen durchaus auch an den abstrakten Aspekten des menschenrechtlichen Denkens interessiert. Wenn man in einer so komplizierten Situation wie im Gaza-Streifen lebt, sind die Ethik und die Prinzipien der Menschenrechte und der Menschenwürde eine Überlebenshilfe.

Mahmoud, deine Aufgabe ist es, schon seit einigen Jahren mit Politikerinnen und Politikern in Europa ins Gespräch zu kommen. Hat sich das Gesprächsklima verändert?

Mahmoud Aburahma: Es ist in den letzten Jahren sehr schwer geworden, Gehör für die Probleme in Gaza oder in der Westbank zu finden. Das hat auch mit den Kriegen in der Region zu tun und den Geflüchteten, die seit 2015 deshalb in Europa Schutz suchten. Unsere Arbeit als Menschenrechtsaktivisten bestand immer darin, mit der Zivilgesellschaft und mit Politikern Kontakt aufrecht zu erhalten. Mit unserem Anliegen gab es einen respektvollen Um-

gang. Mittlerweile aber stoßen wir manchmal auf offene Feindschaft. Schon wenn man das Wort Besatzung sagt, gilt man als Feind nicht nur bei der israelischen Regierung, sondern auch bei vielen Gruppen in Europa und in den USA, die diese Regierungsposition übernommen haben. Ich erlebe durchaus Ähnlichkeiten in der Mentalität. Wer sich in Europa für Migrantenrechte einsetzt, kann ebenso als Feind tituliert werden wie Menschenrechtler aus Palästina. Es gibt viel mehr Druck auf Regierungen und Politiker, die sich einen menschenrechtlichen Ansatz zu eigen machen.

Gibt es ein konkretes Beispiel?

Issam Younis: Die Vorwürfe sind immer dieselben. Es heißt, wir wären korrupt, wir würden Mittel hinterziehen. Es gibt keine Beweisspflicht. Es handelt sich um verleumderische Kampagnen, und wir treffen überall auf sie. Es gibt so viele Gruppen in Europa, die starken Einfluss haben. Sie arbeiten mit sehr einfachen Botschaften. Und wer sich nicht auskennt, der ist empfänglich, weil gegen Menschen aus Gaza ohnehin schon ein latenter Terrorismusvorwurf erhoben wird.

Wie reagieren eure Partner?

Mahmoud Aburahma: Unsere Partner wissen sehr viel über uns. Wir werden von einem der vier großen Wirtschaftsprüfungsunternehmen regelmäßig auditiert. Sie wissen sehr genau, wie wir arbeiten. Es gibt ein großes Vertrauen in uns. Aber unsere politischen Kontakte hängen von der öffentlichen Meinung ab. Wenn die verwirrt ist und die Verleumdungen erfolgreich sind, dann wird es schwierig für uns. Wir sind also die ganze Zeit damit beschäftigt uns zu erklären, zu verteidigen. Das frisst viele Ressourcen und lenkt von der eigentlichen Arbeit ab.

Das Interview führte Katja Maurer

Foto: REUTERS/Mohammed Salem



Ohne Strom ist das ohnehin mühsame Leben im Gazastreifen noch schwerer.

MÜLL UND SCHEISSE

Die permanente Energiekrise in Gaza und ihre Folgen

Seit Jahren leidet die Bevölkerung des Gazastreifens unter einer schwerwiegenden Energiekrise. Die Stromversorgung schwankt zwischen vier und sechs Stunden täglich. Zu seinen Glanzzeiten konnte das Elektrizitätswerk von Gaza der Einwohnerschaft acht, manchmal gar zehn Stunden Strom am Tag liefern, allerdings auch dies nur in Kombination mit Stromimporten aus Israel und Ägypten. Nicht zum ersten Mal wurde das E-Werk während des Krieges im Sommer 2014 schwerstens beschädigt. Die Stromversorgung brach zusammen und wurde bis auf den heutigen Tag nicht wieder im alten Umfang hergestellt, obwohl das Kraftwerk repariert worden ist. Dies liegt daran, dass der Betrieb völlig von Treibstofflieferungen abhängt, die primär aus Israel, zu einem geringeren Teil aus Ägypten importiert werden müssen. Ägypten aber beteiligt sich aktiv an der Blockadepolitik.

Die israelische Regierung drosselt regelmäßig ihre Lieferungen oder stellt sie im Rahmen von Strafmaßnahmen gegen die Hamas immer wieder vollständig ein. Seit 2017 hat sich auch die palästinensische Autonomiebehörde (PA) in Ramallah dieser Boykott-Strategie angeschlossen. PA-Chef Mahmoud Abbas bat Israel, die Treibstofflieferungen zu reduzieren, um die Hamas auf Einheitskurs zu bringen. Diese Maßnahmen sind völkerrechtswidrige Formen von Kollektivbestrafung mit desaströsen Folgen. Das Leben wird noch teurer. Alternative Energiequellen müssen gefunden werden. Das fängt bei der Beleuchtung zum Lesen oder Schulaufgaben machen an und setzt sich über die Aufladung elektronischer Geräte fort. Waschmaschinen kosten zu viel Strom. Die Frauen waschen mit der Hand, weil die Spannung nicht ausreicht. Lebensmittel müssen in kleinen und damit teuren Portionen gekauft werden, weil sie nicht zuverlässig gekühlt werden können. Kochen ist unweigerlich mit der Jagd nach der nächsten Gasflasche verbunden.

Die Treibstoffknappheit hat auch für große Einrichtungen drastische Folgen. Anfang August 2018 warnten die Vereinten Nationen beispielsweise, dass 40 der 132 Wasser- und Abwasseranlagen nur noch Treibstoff für 1-2 Tage hätten und 1,2 Mio. Menschen akut von Überschwemmungen durch Abwässer bedroht seien. Um die Überflutung von Wohngebieten zu vermeiden, hat die Stadtverwaltung von Gaza täglich über 10.000 Kubikmeter Abwasser in eine Sturmwasserlagune im Norden der Stadt gepumpt. Nun sind die Anrainer dort dem erhöhten Flutrisiko ausgesetzt. Das Hauptklärwerk von Gaza musste seinen Betrieb stark reduzieren und auch die Müllabfuhr funktioniert nicht mehr richtig. Derzeit türmen sich etwa 15.000 Tonnen Müll in Gazas Straßen.

Riad Othman

Mehr als ein Aufstand

Nicaragua. Die Proteste wurden gewaltsam beendet, aber der tiefe Bruch bleibt. Ein Interview mit Enrieth Martínez Palacios



Enrieth Martínez Palacios ist Soziologiestudentin und nahm als Studentenvertreterin an den nun ausgesetzten Gesprächen mit der Regierung teil.

Im Juni 2018 sprachen Sie davon, die Proteste stünden für etwas revolutionär Neues. Stehen Sie zu dieser Aussage im August immer noch?

Enrieth Martínez Palacios: Jenseits des unmittelbaren Rücktritts von Ortega haben die verschiedenen Protestgruppen auf eine Transformation des Landes gesetzt. Ihr zugrunde liegen die zivilgesellschaftlichen Forderungen in all ihrer Vielfalt. Diese Vielfalt an Forderungen und Kämpfen zeigte mir, dass es eine Revolution war, die aus einem langen Prozess auf der Suche nach strukturellem Wandel entstand.

Was verkörpert Ortega für die jüngeren Generationen?

Seit ich elf bin, sehe ich Ortega in den Medien. In meinem Gedächtnis haben sich er und später auch Rosario Murillo zu mythischen Figuren ver-

klärt. Ohne nun stellvertretend für meine ganze Generation sprechen zu können, so ist er für mich ein Monolith, eine Figur des 20. Jahrhunderts mit all den Erfolgen und Fehlern, die im Zuge der Wiederherstellung dieses Landes gemacht wurden. Für mich ist er aber auch derjenige, der die Geschichte monopolisierte, der sie parzellierte und patentierte, damit diese seiner diskursiven Linie entspricht, die weder zur Reflexion noch zum kritischen Denken einlädt. Daniel Ortega ist auch die Figur der institutionellen Zersetzung des Landes – die Instrumentalisierung einer romantisierten Geschichte, um den Pakt der Eliten zu verschleiern, der einer kapitalistischen, patriarchalen und kolonialen Logik folgt. Ortega, Murillo und ihre Familien repräsentierten ein Projekt, das sich wegen seines Caudillotums und seinem Autoritarismus auflöst. Zudem sind die sandinistischen Eliten Teil der ökonomischen Führungsspitze geworden, was den Bruch zwischen der Praxis und dem revolutionären Diskurs offenbart.

Ist Versöhnung möglich?

Nein. Und die Antwort entspringt nicht einem Wunsch nach Rache. An „Versöhnung“ zu denken ist unmöglich, weil wir unabhängige Untersuchungen einfordern, die zur Aufklärung der erfolgten Verbrechen beitragen sollen. Wir müssen starke und feste Institutionen schaffen, die verhindern, dass sich ein solches Ereignis wiederholt. Über eine Idee von „Versöhnung“ kann

erst gesprochen werden, wenn zuvor ein Prozess der Gerechtigkeit und Wahrheit stattgefunden hat, der Straflosigkeit verhindert.

Welche Sicherheitsmaßnahmen ergreifen Sie gerade?

Nachdem wir im Fernsehen auftauchten entschied ich mich dazu, das kleine Appartement zu verlassen, dass ich mit meiner Schwester gemietet habe. Ich war in mehreren „Sicherheitshäusern“, wo mich sehr freundliche Personen aufgenommen haben. Aus einem musste ich wieder raus, weil dort nach mir gesucht wurde.

Es heißt 70 Prozent der Nicaraguaner würden Ortega abwählen. Auch die Proteste hatten zum Teil Generalstreik-Charakter. Woher kommt diese Breite der Proteste?

Es ist eben kein Konflikt zwischen Regierung und oppositionellen Parteien. Von Anfang an handelte es sich um einen Aufstand der Zivilgesellschaft, schlecht organisiert und artikuliert. Wirklich groß wurden die Proteste als Reaktion auf die Gewalt der Regierung und ihrer parapolitischen Gruppen.

Welche Rolle spielen die Unternehmer, die in den nun ausgesetzten Friedensgesprächen als erste am Tisch mit Ortega saßen?

Der Verschleiß der Institutionen ging einher mit der Einsetzung eines Dialogs zwischen dem unternehmerischen Sektor, der Regierung und einigen der Partei nahe stehenden Gewerkschaften. Dieser „Dialog“ entsprach dem Modell einer korporativistischen Regierung, die es schaffte, neoliberale mit wohlfahrtsstaatlichen Politiken zu verbinden – die größtenteils dank ausländischer Hilfe, vor allem der venezolanischen, gedeckt wurden. Das Verhältnis zwischen Regierung und der Privatwirtschaft verschlechterte sich in dem Maße, in dem ausländische Hilfe zurückging und drastischere Maßnahmen wie eine Steuerreform nötig wurden. Der Bruch zwischen der Privatwirtschaft und der Regierung war absehbar, die Proteste beschleunigten diesen Prozess.

Mir ist wichtig zu betonen, dass hinter den Mobilisierungen auf der Straße keineswegs die Privatwirtschaft steckt und die „Alianza Cívica por la Justicia y la Democracia“ – ein Zusammenschluss verschiedener zivilgesellschaftlicher Sektoren, die bei den Friedensgesprächen mit der Regierung am Tisch saß – nicht der einzige organisierte Ausdruck der Zivilgesellschaft ist. Diejenigen, die sich rund um die massiven Mobilisierungen und um die Ausweitung der Diskussions- und Partizipationsräume organisieren, sind über das ganze Land verstreut.

„Ortega romantisiert die Geschichte, um den neoliberalen Pakt der Eliten zu verschleiern.“

Wie sieht es innerhalb der staatlichen Institutionen aus?

Wie sieht es innerhalb der staatlichen Institutionen aus?

Wir wissen von Staatsangestellten, die in den letzten Monaten aus der FSLN ausgetreten sind. Andere wiederum haben aufgrund externen Drucks ihre Posten niedergelegt. Der Kontrollapparat der Sandinisten funktioniert aber weiterhin. Die FSLN verfügt noch immer über eine Basis. Diese nimmt zwar ab, wie stark sie noch ist, ist angesichts der Bedrohungen und Überwachungen schwierig einzuschätzen.

Welche Rolle spielen heute sandinistische Protagonisten von damals?

Inmitten alledem haben sich mir alte Kämpfer der Sandinisten genähert, die Ortega Verrat an der Revolution vorwerfen. Was ich mitbekomme ist, dass sie engagiert dabei sind, von ihren jeweiligen Räumen aus beizutragen, sei es mit Ratschlägen, sicheren Häusern oder Texten in den Meinungsmedien. Die Aufgabe der jetzigen und der alten Gene-

ration ist es, Räume des Zusammenkommens und des Dialogs zu schaffen, die uns erlauben unser historisches Gedächtnis zu retten. Es dreht sich aber auch darum, das Terrain für einen notwendigen Generationenwechsel vorzubereiten.

Sollte Ortega gestürzt werden, wie lässt sich ein autoritäres neoliberales Regime verhindern, das sich womöglich mit einem menschenrechtlichen Diskurs zu legitimieren sucht?

Wir setzen auf den Dialog. Denn daraus entspringen die notwendigen Vereinbarungen, um die staatlichen Institutionen wieder herstellen zu können. Wenn wir starke Institutionen schaffen, können wir auf transparente demokratische Prozesse setzen. Die Rechte, verstanden als liberale Parteien oder Privatwirtschaft, ist stets ein Akteur, den man berücksichtigen muss. Es ist aber die Zivilgesellschaft, die mit Blick auf Organisation und diskursive Positionierung die Avantgarde stellt. Sie ist sich auch ihrer oppositionellen Vorreiterrolle in der Entwicklung dieser Krise bewusst. Unsere Krise ist auch eine der politischen Parteien. Neue Optionen werden aus der organisierten Zivilgesellschaft hervorgehen, die auf strategische Allianzen setzen oder die versuchen werden, die Interessen der Menschen besser zu repräsentieren. Am Rande dieser Prozesse, und ich merke wie sich das nicht nur in Managua, sondern in verschiedenen Gebieten des Landes herauskristallisiert, entsteht die Notwendigkeit, starke, feste und vertrauenswürdige Institutionen zu schaffen, die eine Transparenz der Prozesse garantieren.

Das Interview führte Timo Dorsch

Wenige Tage nach dem Interview wurde Enrieth Martínez zusammen mit 20 weiteren Personen festgenommen. Sie ist wieder frei. Zu sechs weiteren Studierenden gab es bis Redaktionsschluss keinen Kontakt.



Am Rande einer FSLN-Demonstration in Managua posiert eine Familie mit verummten Polizisten.

medico ist seit langem mit den emanzipatorischen Bemühungen in Nicaragua in kritischer Solidarität verbunden. Mit einem solchen Anliegen befand man sich schon seit vielen Jahren nicht in einem Bündnis mit der Ortega-Regierung. So zum Beispiel in der Auseinandersetzung um den Interozeanischen Kanal, der höchstwahrscheinlich nie gebaut wird, aber dafür Land zugunsten chinesischer Unternehmen in erheblichem Umfang privatisiert und enteignet. In der aktuellen Auseinandersetzung hat medico zusätzliche Mittel für die Arbeit der Studenten und für die Menschenrechtsorganisation CENIDH bereitgestellt.

Spendenstichwort: Nicaragua



Raúl Zibechi ist Journalist, Schriftsteller und politischer Theoretiker aus Uruguay. Der Text ist ein stark gekürzter Auszug seines Beitrages, der am 5.8.2018 unter dem Titel „La Izquierda después de Nicaragua“ in der baskischen Tageszeitung Gara erschienen ist. Übersetzung von Eleonore von Oertzen.

ROTE LINIEN

Die Krise in Nicaragua spaltet die Linke in Lateinamerika/Ein Kommentar von Raúl Zibechi

Die Reaktionen auf die Vorgänge und auf das Verhalten des Regimes Ortega-Murillo führen zu Spaltungen zwischen den sich selbst als links bezeichnenden Kräften in Lateinamerika, wie sie bis dato unbekannt waren. Der Riss geht quer durch die Parteien. Die Regierungen von Bolivien, Kuba und Venezuela erklärten ihre Unterstützung für Ortega, in Uruguay hingegen sprach sich José Mujica schließlich für seinen Rücktritt aus, in Argentinien, Chile und Mexiko sind die Meinungen gespalten. Bei den Intellektuellen ist es nicht anders: Während der brasilianische Theologe Leonardo Boff die nicaraguanische Regierung kritisierte, verteidigte der argentinische Schriftsteller und Politologe Atilio Borón ihr Vorgehen. Viele andere hüllen sich in Schweigen.

Manche Argumente führen zu einer Rechtfertigung der Repression, solange die Linke regiert, während sie verurteilt wird, wenn sie von der Rechten ausgeübt wird. Der Tod eines Demonstranten wie Santiago Maldonado in Argentinien hat energische Proteste der Bewegungen ausgelöst, und das zweifellos zu Recht. Aber viele bleiben angesichts von Hunderten Toten in Nicaragua stumm. Es ist klar, dass hier etwas nicht in Ordnung ist. Ich denke, wir stimmen weitgehend überein, die Forderungen der Bevölkerung gegen rechte Regierungen zu verteidigen, sei es in Argentinien in der Diskussion um die Reform des Abtreibungsgesetzes oder in Brasilien gegen die Regierung Temer. Schwierig wird es, wenn „die Unrigen“ an der Regierung sind.

Ich persönlich finde, dass die Dinge in Nicaragua sehr klar liegen. Das Regime Ortega-Murillo hat vom ersten Tag an mit der reaktionären katholischen Kirche und mit der Unternehmerschaft unter einer Decke gesteckt. Es pflegt gute Beziehungen zu den USA und hat von der Korruption und insbesondere der Unterstützung seitens der venezolanischen Regierung profitiert, indem es deren Öllieferungen weiterverkauft. Niemals hat es sich um eine auch nur andeutungsweise linke und fortschrittliche Regierung gehandelt. Aber das ist jetzt nicht entscheidend. Auch wenn die Regierung echte linke Politik gemacht hätte – könnten wir jetzt angesichts der Repression und der Gewalt Still-schweigen bewahren? Das ist in meinen Augen der Kern der ganzen Angelegenheit: Wo ziehen wir die rote Linie? In meinem Leben als Aktivist ist diese Linie immer an der gleichen Stelle verlaufen, wo sie auch heute noch verläuft: Wir können keine Repression akzeptieren. Niemals, unter keinen Umständen.

Gefährdet statt gefährdend



Foto: Gordon Welters

Ein langer Weg bis zur Gleichberechtigung im Gesundheitswesen. Registrierung von Geflüchteten in Berlin 2015.

Von Traumatisierungen über Massenscreenings bis zu einer Karte für alle: Wie Migration und Flucht mit Gesundheit zusammenhängen – und wie nicht

Von **Andreas Wulf**

Im März 2018 brachte die AFD im Bundestag eine kleine Anfrage über die Entwicklung der Krankheitszahlen von Malaria, Lepra, Typhus, Rückfallfieber, HIV sowie Krätze in Deutschland ein – bitteschön aufgeschlüsselt nach ethnischen Kriterien. Die Absicht war offenkundig. Denn obwohl seit 2015 keine relevanten Erhöhungen von Infektionskrankheiten für die Allgemeinbevölkerung zu verzeichnen ist und es einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt, solche rechtspopulistische Stimmungsmache zurückzuweisen, soll die Anfrage Bilder und Phantasien mobilisieren und damit diffuse Ängste befeuern. Neu ist das keineswegs. Immer schon gab es Tendenzen, Migration als gesundheitliche Gefährdung darzustellen – als Mittel ihrer Abwehr oder als Anlass für die Etablierung von diskriminierenden Sicherheitspolitiken.

Historisch waren es die großen Pestepidemien, in denen schon früh Kontrollstrategien der Zuwanderung zu Städten und Ländern entwickelt wurden. Diese wurden im Zeitalter der von Europa ausgehenden kolonialen Durchdringung der Welt angesichts sich global ausweitender Cholera-Epidemien und lokalen Bedrohungen für die Kolonialtruppen und Beamten wie Gelbfieber, Schlafkrankheit und Malaria zu den modernen Konzepten von Quarantäne und Cordon Sanitaire perfektioniert. In diesen verstetigten sich – nicht zuletzt „im Dienste der Krankheitsabwehr“ – administrative Ad-hoc-Maßnahmen zu systematischer Segregation von „wildem“, be-

drohlichen Einheimischen und „zivilisierten“ Kolonialisten in separaten Stadtvierteln.

Die Krankheit der anderen

Die Ursache von Krankheiten nach außen zu verlagern, dazu dienen Geschlechtskrankheiten mit ihrem „moralischen Überschuss“ besonders gut – ein Prozess, den die moderne Soziologie „othering“ nennt. Die Syphilis galt Jahrhunderte lang als die klassische Krankheit „der Anderen“, als „Import“ rückkehrender Kolonialisten. In den historischen Debatten repräsentierte sie die sexual-moralische Verwerflichkeit der amerikanischen Ureinwohner. Auch innerhalb Europas wurde sie als Krankheit den fremden Soldaten zugeschrieben. Syphilis war die „französische Krankheit“ im italienischen Neapel 1494/95 nach der Eroberung durch französische Truppen, in Frankreich wurde Syphilis die „Italienische Krankheit“, die Niederländer nannten sie im Unabhängigkeitskampf des 16. Jahrhunderts die „Spanische Krankheit“, bei den Russen hieß sie die „Polnische Krankheit“ und im Osmanischen Reich die „Krankheit der Christen“.

Die aktuellen weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen werfen Fragen nach Gesundheit (und Krankheit) auf vielfältige Weise auf. Angesichts der beschriebenen Traditionslinie überrascht es nicht, dass Migration dabei als

potentiell gefährlich, weil Krankheiten mit sich bringend, gedeutet wird. Tatsächlich sind Migranten und Flüchtlinge nicht gesundheitsgefährdend, sondern -gefährdet. Weltweit sind es das physische und psychische Wohlergehen massiv schädigende und bedrohende Verhältnisse, die Menschen zum Aufbruch bewegt: von Krieg und Gewalt über Ernährungsunsicherheit und vergiftete Umwelten bis zu zerstörerischer Ausbeutung. Auf den Flucht- und Migrationsrouten sind die Gesundheitsgefahren enorm, neben physischen Entbehrungen und psychischen Strapazen erleben viele unmittelbare Gewalt und Brutalität.

Ver-Lagerung der Flucht

Flüchtlingskrisen etwa in Ostafrika, rund um Syrien oder in Bangladesch mit den Rohingya-Flüchtlingen sind tendenziell auf Dauer gestellt. Für Millionen Menschen bedeutet es ein jahrelanges Leben im Flüchtlingslager oder unter extrem armseligen Verhältnissen in Ländern, in denen sie nicht bleiben können. Hier gibt es zwar einen schmalen Zugang zu Gesundheitsdiensten, auch medico unterstützt beispielsweise die Gesundheitsdienste von Partnern in den Rohingya Zeltstädten oder mobile Einrichtungen der Flüchtlingsgesundheitsversorgung im Libanon. Die Ver-Lagerung der Flucht schafft hochproblematisches „extraterritoriales Gebiete“ mit Sonderregeln und Zugangskontrollen. Das verschärft die Isolation von Geflüchteten, statt sie zu integrieren. Gerade deshalb sind die aktuellen Diskussionen in Deutschland um die Seehoferschen „Anker-Zentren“ so gefährlich. Lager sind Teil des Problems, auch im gesundheitlichen Kontext, und nicht Teil der Lösung.

Und am Ende der Reise ist es um die physische und psychische Sicherheit sowie die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und Migran-

ten oft schlecht bestellt. Illegalisierte fallen durch alle Netze, Geduldete verfügen über eingeschränkte Rechte. Diese brutale Realität steht im Gegensatz zu den Ansprüchen, die die Staaten auf der globalen Ebene der Gesundheitspolitik formulieren. Die Dokumente der Weltgesundheitsorganisation, die als Resolutionen auch im verhandelten Konsens von den Mitgliedsstaaten der WHO angenommen werden, benennen das „Recht auf Zugang zu Gesundheit“ und die universelle Absicherung im Krankheitsfall auch für Migrantinnen und Migranten sowie für Geflüchtete als Zielvorgaben einer globalen Gesundheitspolitik, die jeder Mitgliedsstaat umsetzen soll. Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit könnte kaum größer sein.

In Deutschland hat der kurze „Sommer der Migration“ 2015 die Debatten um die gesundheitliche Versorgung der Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten in Bewegung gebracht – auch hier in der Janusköpfigkeit von potenziellen Gefährdern und Gefährdeten. In der Sorge, mit den Geflüchteten könnten Infektionskrankheiten ins Land gekommen sein, wurden etwa in Erstaufnahmelagern Massenscreenings durchgeführt. Das löste eine Diskussion über deren Umfang und Sinnhaftigkeit aus. Tropenmediziner bezogen Stellung gegen eine unkritische Überdiagnostik, Fachleute aus der Pädiatrie veröffentlichten eine eindeutige Stellungnahme zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen, in der sie Gesundheitslotsen statt Massenscreenings forderten.

Eingeschränkter Zugang

Auch in anderer Hinsicht zeitigte der Sommer der Migration überraschende Effekte: So gerieten die im Asylbewerberleistungsgesetz (Asyl-BLG) festgelegten Einschränkungen der Gesundheitsversorgung auf breiter Front massiv

in die Kritik. Mitte Juli 2018 hat etwa das Hessische Landessozialgericht starke verfassungsrechtliche Bedenken bezüglich der gängigen Praxis geäußert: Geduldete müssten bei einem Aufenthalt, der nicht nur kurzfristig ist, den gleichen Anspruch auf alle medizinischen Leistungen haben, die auch für Deutsche laut dem Krankenkassengesetz gelten. Studien wie die von Bozorgmehr und Razum widerlegten den Mythos, die durch das AsylBIG bestimmte Mangelversorgung wirke kostensparend, und zeigten, dass das Gegenteil der Fall ist: Die Gesundheitsausgaben erhöhen sich durch die Leistungseinschränkungen.

Seit vielen Jahren setzen sich die Medibüros und Medinetze in Deutschland für Menschen ohne zureichenden Krankheitsschutz ein. Mit ihrer von medico unterstützten Kampagne fordern sie die Einführung der Gesundheitskarte für alle Geflüchteten anstelle von individuell bei der Kommune zu beantragenden Behandlungsscheinen. Immerhin: Einige Bundesländer und Stadtstaaten haben entsprechende Karten eingeführt, andere die Zuständigkeit an die Kommunen delegiert. Von einer flächendeckenden Versorgung kann allerdings nach wie vor keine Rede sein. Noch immer sperren sich Bundesländer und gibt es einen Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen – mit der Folge, dass eine Person in einer Kommune eine andere Gesundheitsversorgung erhält als eine andere in der Nachbarkommune.

Auch von der psychischen Versorgung bleiben viele ausgeschlossen. Eine Vielzahl von Geflüchteten sind aufgrund traumatisierender Erfahrungen auf Unterstützung angewiesen. Hierfür bedarf es entsprechender Angebote. Die bundesweit 37 spezialisierten Psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folteropfer, wie sie im BAfF zusammengeschlossen sind, tun, was sie können – ihre Ressourcen sind allerdings begrenzt. Einer aktuellen Erhebung des BAfF

zufolge kann nur ein Bruchteil der Geflüchteten, die eine Behandlung oder Beratung anfragen, versorgt werden. Die Kapazitätsprobleme der Zentren sind eng mit der eingeschränkten Zugänglichkeit des Gesundheitssystems für Geflüchtete verbunden. So werden 93 Prozent der Psychotherapien in den Psychosozialen Zentren durch Projekt- und Spendengelder sowie zeitlich begrenzte Zuschüsse aus Bundes- und Landesmitteln finanziert und nicht durch die eigentlich verantwortlichen Kostenträger des Gesundheits- und Sozialsystems, d.h. Sozialbehörden, Krankenkassen und Jugendämter. Als sei die gesundheitliche Versorgung ein humanitärer Akt und nicht ein Menschenrecht.

Der Zugang zu medizinischer und therapeutischer Versorgung kann für Geflüchtete auch deshalb elementar sein, weil gesundheitliche Einschränkungen Abschiebhindernisse darstellen können. Hierzu müssen Betroffene allerdings von sich aus auf Krankheiten hinweisen und sie durch eine, nur mit großem Aufwand zu bekommende qualifizierte ärztliche Bescheinigung belegen. Das wird jedoch immer schwieriger – zumal der Gesetzgeber 2016 mit dem Asylpaket II die Maßstäbe noch einmal deutlich verschärft hat: Nur noch „lebensbedrohliche und schwerwiegende Erkrankungen, die sich durch die Abschiebung wesentlich verschlechtern würden“, sollen eine Abschiebung verhindern können. Selbst bei Posttraumatischen Belastungsstörungen sind Abschiebungen seither möglich. Ärztinnen und Psychotherapeuten kritisierten dies scharf. Der Kampf um das Recht auf bestmöglichen Gesundheitsschutz und die Integration aller in die Regelversorgung – gleichberechtigt und bedarfsgerecht auf dem Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung – geht also weiter.

Auf medico.de/krankheit-der-anderen ist die Langfassung des Textes zu finden.

Von Deals und Chimären

Welche Wege führen aus der globalen Krise?
Eine Rezension des Buches „Hilfe? Hilfe!“ von
Thomas Gebauer und Ilija Trojanow

Von Rudolf Walther

Die „UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ enthält nicht weniger als 17 Haupt- und 169 Nebenziele. Für deren Umsetzung bietet die Agenda ein einziges Rezept an – wirtschaftliches Wachstum. Der Bericht von Thomas Gebauer, langjähriger Geschäftsführer von *medico international*, und dem Schriftsteller Ilija Trojanow über ihre Reisen nach Pakistan, Kenia, Sierra Leone, Mexiko, Nicaragua, Brüssel und Genf lässt die UN-Agenda und ihr Umsetzungsrezept als hoffnungslos unterkomplex und tendenziell zynisch erscheinen. Für wirtschaftliches Wachstum nämlich fehlen diesen Ländern die elementarsten Voraussetzungen, vor allem aber eine politische Perspektive, die nicht nur eine notfallmäßige Versorgung von unterernährten Kindern vorsieht, sondern auch die Beseitigung von Hindernissen, die den Blick auf strukturelle Veränderungen erst ermöglichen würden. Denn der Mangel an Lebensmitteln hat direkt zu tun mit Steuerflucht, Verschuldung, Korruption der Eliten und jenen internationalen Handelsabkommen, die den Zugang der Armen zu den Märkten der Reichen erschweren oder ganz blockieren und die Binnenmärkte der armen Länder mit Ramschware aus dem Westen überfluten.

Die globale Hilfsindustrie schwankt zwischen Hoffnungslosigkeit angesichts der „unerträglichen Ungerechtigkeit der real herrschenden

Verhältnisse“ und Goldgräberstimmung, denn „Hilfe“ ist auch zu einem lukrativen Geschäftsmodell geworden. Einige Zahlen illustrieren die Lage: Hilfsorganisationen in Deutschland nehmen jährlich über sieben Milliarden Euro an Spenden ein, in den USA sind es 300 Milliarden Dollar, die aus Charity-Events fließen.

Zwischen Frust und Business

Die Entwicklungshilfe aller westlichen Staaten beläuft sich pro Jahr auf 135 Milliarden Dollar. Das klingt gewaltig. Allerdings kosteten allein die Kriege in Afghanistan und im Irak rund fünf Billionen Dollar, und in der Bankenkrise 2007/08 wurden 50 Billionen Dollar verbrannt. Nach Zahlen der OECD verlieren die armen Staaten mehr als dreimal so viel durch Steuerhinterziehung von Konzernen als sie an Entwicklungshilfe erhalten. In Deutschland ist der Verteidigungsetat fast fünfmal größer als jener für Entwicklungshilfe. Solche Einsichten und Zahlen sind nicht neu, aber immer der Verbreitung würdig. Denn blanker Wohlstandschauvinismus ist bis ins grün-neoliberale Juste Milieu hinein salonfähig geworden: „Die Welt wird, sozial gesehen, objektiv besser. Und gleichzeitig ökologisch und politisch bedrohter“, schrieb Peter Unfried in der *taz* vom 28. Juli 2018. So richtig der zweite Satz ist, so borniert ist der erste.

Mit Hilfe und Almosen für rund 800 Millionen Hungernde und Unterernährte werden die herrschenden Verhältnisse nicht verändert, sondern zementiert. Gebauer und Trojanow plädieren nicht für die Abschaffung von Nothilfe, sondern für eine kritische Revision des Hilfebegriffs. Dazu gehört, dass die Stimme der Notleidenden und Hilfebedürftigen gehört wird, bevor man mit punktuellen Interventionen in strukturell höchst komplexe Notlagen eingreift. Sie belegen diese Diagnose mit zahlreichen Beispielen aus Ländern durch vier Kontinente.

Deals statt Rechte

In Karatschi in Pakistan kamen vor sechs Jahren 259 Arbeiterinnen und Arbeiter um, als eine große Textilfabrik mit rund 10.000 Beschäftigten drei Tage lang brannte. Weder war es ein Unfall noch waren „höhere Gewalten“ im Spiel, wohl aber kriminelle Sicherheits- und Produktionsbedingungen, unter denen täglich 70.000 Jeans und Röcke für die westlichen Märkte produziert wurden. Wer sich gewerkschaftlich organisierte und wehrte, riskierte eine Anklage wegen „Terrorismus“. Qualitätskontrollen gab es zwar für die hergestellten Produkte, nicht aber für die Arbeitsbedingungen.

Der Menschenrechtsanwalt Faisal Siddiqi und der Gewerkschaftsverband klagten und erstritten nach Jahren harten Ringens fünf Millionen Euro Entschädigung vom deutschen Textil-Discounter Kik für die Hinterbliebenen der Opfer. Das ist einerseits viel, andererseits lächerlich wenig Geld. Schlimmer aber ist, dass sich mit dem Vergleich an den katastrophalen sozialen Zuständen gar nichts ändert. Der Menschenrechtsanwalt hält den Deal für einen Fehler und zieht eine negative Bilanz: „Sie wollen das Problem mit Geld lösen, nicht durch Änderungen der Gesetze und Vorschriften.“



Ilija Trojanow auf einer der Recherche-Reisen für das Buch in einer pakistanischen Textilfabrik.

Auch ein anderer Fall belegt, dass der zur Normalität gewordenen Krise mit juristischen Mitteln allein nicht beizukommen ist. Der französische Konzern Veolia betreibt in der Millionenstadt Kairo die Müllabfuhr. In einem Schiedsgerichtsprozess gewann der Konzern gegen die Vertretung der Arbeiterinnen und Arbeiter, die für eine Erhöhung des monatlichen Mindestlohns von 41 auf 72 Euro kämpften. Daran zeigt sich, dass die Menschenrechte in vielen Regionen ein leeres Versprechen geblieben sind. Der

1946 installierte UN-Wirtschafts- und Sozialrat ist eine Chimäre. Die Schere zwischen Armut und Reichtum spreizt sich mit der Globalisierung immer stärker, und Ungleichheit ist zum größten Risiko geworden. Dem kann, wie Gebauer und Trojanow anhand zahlreicher Beispiele belegen, nicht mit der „Stärkung von Marktkräften“ begegnet werden, sondern nur durch eine Neujustierung der Handelsabkommen zugunsten der armen Länder und eine Mobilisierung der Bevölkerungen von unten („Graswurzelmobilisierung“).

Am Beispiel Bangladeschs lässt sich nachvollziehen, wie fragwürdig das vom Nobelpreisträger Muhammad Yunus propagierte Instrument der Mikrokredite ist. Oft dienen diese nicht dem kleingewerblichen Betrieb, sondern der Deckung von Grundbedürfnissen wie Arztkosten oder Schulgebühren. Und statt die Solidarität unter den Armen und ihre Kraft zu genossenschaftlichem und kooperativem Handeln zu stärken, fördern sie Vereinzelung und Kommerzialisierung sozialer Beziehungen. In Kenia arbeitet die Gruppe KAPLET im größten Slum für Menschenrechte und gegen Polizeivillkür. In Nicaragua kämpfen ehemalige sandinistische Soldaten heute für Umweltstandards und gegen Privatisierungen unter der Devise: „Helfen? Nein. Gemeinsam kämpfen? Ja!“.

Das NGO-Dilemma

Die Autoren widmen ein ganzes Kapitel den falschen Strategien von Entwicklungshilfe, die auf der Entpolitisierung von Hilfe zur Wohltätigkeit und auf der Privatisierung von staatlichen Sozialleistungen verbriefteter Existenzsicherung beruhen. So stecken viele NGOs in einem Dilemma: Sie können Herrschaftsverhältnisse unterminieren, aber auch stabilisieren, wenn sie etwa Defizite staatlichen Handelns kompensieren. Im letzten Kapitel des informativen

Buches zeigen Gebauer und Trojanow, dass es auch „anders geht“, wenn sich nämlich die Politik von populären Vorurteilen verabschiedet: vom Vorrang der Konkurrenz vor Kooperation, privat vor öffentlich und groß vor klein. Sie plädieren für einen „radikalen Reformismus“ [Joachim Hirsch], der auf kooperative, solidarische und genossenschaftliche Lösungen setzt und Lernprozesse initiiert, die nicht nur auf „Spenden hier“ und „Helfen dort“ beruhen, sondern auf der Einsicht, dass die Veränderung von Denk- und Lebensweisen für die Veränderung von sozialen Beziehungen und Strukturen wichtiger ist als die Orientierung an machtpolitischen Perspektiven. Die Kampagne zum Verbot von Landminen, an der weltweit über 1.000 Initiativen beteiligt waren und der 1997 der Friedensnobelpreis verliehen wurde, ist ebenso ein Beispiel für die „Globalisierung von unten“ wie das People's Health Movement in Bangladesch. Das Buch formuliert eine Alternative zum grün lackierten Neoliberalismus – eine solidarische und ökologische Ökonomie jenseits von Profit und blindem Wachstum.

Rudolf Walther ist freier Autor und Publizist und schreibt regelmäßig für diverse Medien.



Thomas Gebauer/Ilija Trojanow:
 „Hilfe? Hilfe! Wege aus der globalen Krise“, Frankfurt 2018,
 256 S., 15 €, Fischer Verlag



OSTHAFEN - FUSION

Ein medico-Nachbarschafts-Sommerfest

Zusammen mit den anderen sozial-politischen Organisationen aus dem medico-Haus und den kulturellen Akteuren der Nachbarschaft organisierte medico Anfang August ein Sommerfest im Frankfurter Osthafenviertel: Gut besuchte Debattenrunden zur Situation in der Türkei und in Nicaragua und zum Umgang mit Traumata in Zeiten der rassistischen Abschottung lösten sich im medico-Haus ab, während die Infostände befreundeter Organisationen dem Regen trotzten. Und in der Kühle des Foyers fand sich Zeit für Gespräche zwischen langjährigen Fördermitgliedern, neuen Interessierten und medico-Kolleg_innen. Seinen Höhepunkt fand der Tag im Hof des benachbarten Atelier Frankfurt: Die Kabarettisten Georg Schramm und Urban Priol seziierten die politische Lage im Land und das eigens für diesen Abend zusammengeführte Ensemble Mare Nostrum fusionierte die Musik der Migration von Marokko bis Afghanistan.



Alle Fotos: Holger Friedemuth



1



2



3



4



5



6



7

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1,2,3 Plakate 50 Jahre medico international**

„Die Welt ist groß. Rettung lauert überall“ – zum Jubiläum hat medico eine Plakatreihe mit drei Motiven aufgelegt. Die Plakate können kostenlos bei uns bestellt werden. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende an medico international sehr freuen.

4 stiftung medico international

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

5 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

6 Häuser der Hoffnung

Info-Flyer. Nachdem 500.000 Menschen im Zuge der Vertreibung durch das türkische Militär im Südosten des Landes ihr Zuhause verloren haben, unterstützt eine medico-Kampagne den kurdischen Wiederaufbau. Der Flyer informiert über die Fördermöglichkeiten.

7 Europa ist Exportweltmeister

12-seitige Kurzbroschüre zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

Ohne Abb.: Hilfe im Handgemenge

[Infolyer] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

Ohne Abb.: Globale Gesundheit

16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor. Natürlich kostenlos.

Ohne Abb.: Cool, aber tödlich

4-seitiger Flyer mit jeweils 6 Stickern. Eine Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

Heft-Rückseite: WHY?

DIN A1-Plakat gegen das Sterbenlassen im Mittelmeer. Für das Recht zu bleiben. Für das Recht zu gehen.

Ich bestelle:

_____ DIN A1 Plakat: Motiv 1

_____ DIN A1 Plakat: Motiv 2

_____ DIN A1 Plakat: Motiv 3

_____ Broschüre: stiftung medico international

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ Infolyer: Häuser der Hoffnung

_____ Kurzbroschüre: Europa ist Exportweltmeister

_____ Infolyer: Hilfe im Handgemenge

_____ Kurzbroschüre: Globale Gesundheit

_____ Flyer + Aufkleber: Cool, aber tödlich

_____ DIN A1 Plakat: WHY?

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

kostenlose Materialien bestellen

dass einmalig eine
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

**Bitte einsenden an
medico international
Lindleystr. 15**

**D-60314 Frankfurt am Main
oder faxen an [069] 43 60 02**

Spenden und Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
BIC HELADEF1822
IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international

Impressum

Herausgeber:
 medico international
 Lindleystr. 15
 D-60314 Frankfurt am Main
 Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
 E-Mail: info@medico.de
 Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
 Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,
 Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden

Marek Arlt und Frank van Ooyen
Tel.: [069] 944 38-0, Email: info@medico.de

Zustiftungen, Testamentsspenden und Unternehmensspenden

Gudrun Kortas
Tel.: [069] 94438-28, Email: kortas@medico.de

Spendenaktionen und Kommunikation

Anita Starosta
Tel.: [069] 94438-44 Email: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

Raus aus der Filterblase

Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge

Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnern in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.

Der **Newsletter** informiert Sie regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles aus dem medico-Kosmos.



In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir Ihren täglichen Blick über den Tellerrand. Verbinden Sie sich mit medico auf Facebook, Twitter oder Instagram



Alle Optionen unter www.medico.de/verbinden

WHY?

Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas. Seit 1993 bereits mehr als 34.000 Menschen.* Mitgefühl ist ein Anfang – die Durchsetzung universeller Menschenrechte das Ziel. Für das Recht zu bleiben. Für das Recht zu gehen.